

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276. Samstag, den 25. November 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wen wählen die Eisenbahner?

Von Eisenbahner weitergeben.

Als Wahlhilfsgruppe für die bürgerlichen Parteien werden vor allen die Eisenbahner betrachtet. In dieser Richtung ist besonders der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie rührig tätig, mit Zustimmung der Eisenbahnverwaltung wirbt er Mitglieder und sammelt Gelder für den Wahlfonds.

Gegenüber diesem Liebeswerben der Arbeiterfeinde ist es notwendig, die Eisenbahner auf ihre wirklichen Interessen, die sie bei der Wahl wahrzunehmen haben, aufmerksam zu machen.

Die Eisenbahner haben alle von der Reichs- und Landesgesetzgebung beschlossenen Lasten ohne jede Ausnahme wie die übrigen Arbeiter zu tragen. Die verderblichen Folgen der Reichsfinanzreform, die Lebensmittelteuerung, alles, auch die Wohnungsmietersteigerung, müssen sie mit ihren Familien restlos auf sich nehmen. Sie sind Proletarier, wie alle anderen Arbeiter, und haben deshalb auch die gleichen Interessen bei der Reichstagswahl mit diesen zu vertreten.

Gegen die schädlichen Einwirkungen der Gesetzgebung und der privaten Spekulation, die ihnen die Lebensmittel verteuern, können sich die Arbeiter aller Berufe durch ihren gewerkschaftlichen Kampf wehren, der auch die Löhne in die Höhe drückt. Bei den Eisenbahnern im Deutschen Reich sind aber solche gewerkschaftliche Kämpfe bis jetzt noch unbekannt geblieben.

Warum? Den Eisenbahnern steht das Recht, sich zu organisieren, ebenso zu, wie allen anderen Staatsbürgern. Aus der Tatsache, daß Eisenbahnunternehmungen der Gewerbeordnung nicht unterstehen, kann nicht gefolgert werden, daß die Eisenbahner ihr Koalitionsrecht nicht ausüben dürften. Schließlich hat das Reichs-Vereinsgesetz alle Bedenken dieser Art restlos beseitigt. Wenn trotzdem die Eisenbahner von dem ihnen zustehenden Rechte so wenig Gebrauch machen, so ist der rückwärtsgehende Terrorismus daran schuld, der von fast allen Verwaltungen ausgeübt wird. Dieser Terror steigert sich um so mehr je nachgiebiger die bestehenden Vereine der Eisenbahner sind und je größer die Zahl der gänzlich unorganisierten Arbeiter bei der Eisenbahn ist. Wäre der größte Teil der Eisenbahner organisiert, dann würde dieser Druck der Verwaltungen Gegendruck bei den Organisationen hervorrufen, und die Gewaltthätiger wären alsbald genötigt, andere Saiten aufzuziehen, wenn sie nicht einen Streik riskieren wollten. Da es aber an einer solchen Organisation fehlt, sind die Eisenbahner der Willkür der Verwaltungen vollständig ausgeliefert, und diese Willkür hemmt alle Initiative der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage. Nur weil kein ernstlicher Widerstand bei den beschäftigten Arbeitern zu finden ist, konnte der preussische Minister erklären:

„Wir bekämpfen alle sozialdemokratischen Vereine, wir bekämpfen alle Vereine, die den Streik proklamieren.“

Der bayerische Eisenbahnminister sagte sogar im Bewußtsein seiner Macht:

„Es kostet nur einen Federstrich, um den Verband zu unterdrücken, nämlich nur die Rundgebung, daß jedes Mitglied des Verbandes ohne weiteres von der Staatseisenbahnverwaltung entlassen wird.“

Unmöglich könnte sich aber eine Staatsverwaltung so gegen die Arbeiter verhalten, wenn sie nicht bei den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien tatkräftige Unterstützung fände. Die Eisenbahner sind mit Ausnahme der Reichseisenbahn der Kontrolle der Einzel-Landtage unterstellt. Abgesehen von einigen süddeutschen Landtagen ist die Sozialdemokratie in diesen Einzel-Landtagen, namentlich in Preußen, das tonangebend für die Behandlung der Arbeiter ist, nicht sehr einflußreich. Das ist die Ursache der unerhörten Behandlung staatlicher Arbeiter überhaupt. Unter dem Beifall aller bürgerlichen Parteien kommt im preussischen Landtage der freikonservative Abgeordnete Bierack sagen:

„Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die staatlichen Arbeiter sich nicht zum Streik koalieren dürfen.“

Man gab unumwunden zu, daß dieser Standpunkt eine „Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter“ bedeutet. Aber was schert die bürgerlichen Parteien Recht und Gesetz? „Im Namen aller bürgerlichen Parteien“ gab ein anderer Abgeordneter seiner großen Freude über die gegen die Arbeiter gerichteten Erklärungen des preussischen Ministers Ausdruck.

Wollt nun die Eisenbahnverwaltungen nur zu gut wissen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen das

wirkksamste Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind, daß andere unabhängige Vereine mindestens Front machen können gegen Bevormundung und terroristische Unterdrückung, darum wird versucht, jede Organisation mit dem Ziele der Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter von vornherein zu unterdrücken. Was an Vereinigungen „erlaubt“ wird, leitet man auf besondere Wege, um sie gegen die Arbeiter direkt mißbrauchen zu können.

Durch ein raffiniert ausgebildetes System der Bevormundung werden Kriegervereine, jüdische patriotische und fromm-christliche Vereine in der Arbeiterschaft förmlich geächtet, alle anderen Bestrebungen aber terroristisch bekämpft. Gab doch der preussische Minister offen zu, daß den Versammlungen der Eisenbahner-Vereine „besondere Beauftragte der Verwaltung“ beizuhören! Das hat die Arbeiter im höchsten Maße erbittert, sodaß sie es auch schon abgelehnt haben, in Gegenwart dieser beherrschlichen Spiegel zu verhandeln. Trotzdem lag ein Zentrumsabgeordneter dem Lande vor, daß diese „Beauftragten“ von den Arbeitern mit „größter Freude“ aufgenommen würden!

In den Betrieben selbst sucht man die Arbeiter durch einflußlose Arbeiterausgänge von der Vertretung ihrer wirklichen Interessen abzulenken. Mit Kindergartenvereinen, Lektorenvereinen und ähnlichen Institutionen wird gleichfalls nicht gespart, und wie überall, wird auch hier Unternehmerwohlfahrt zur neuen Arbeiterfessel. Wenn dann vom Zentrum im preussischen Abgeordnetenhause gesagt wird, die Arbeiter seien in „dienstlicher und nationaler Beziehung“ durchaus zuverlässig, so hat der betreffende Abgeordnete nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die Arbeiter soweit bevormundet worden sind, daß sie sich wie Hetosen zu allem gebrauchen lassen müssen.

Daß die Bahn-Verwaltungen zufriedene Arbeiter und Angestellte haben, ist falsch, und wer das behauptet, läßt sich oder er läßt der Welt etwas vor. Die Arbeiter können gar nicht zufrieden sein. Nicht nur verschärfte man ihnen die Möglichkeit, sich selber höhere Löhne zu erkämpfen, sondern sie werden durch allerhand Maßnahmen in ihrer Lebenshaltung noch direkt geschädigt.

So sieht die vermehrte Fürsorge aus, die den Arbeitern als Gegenleistung für die „Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte“ nach Ansicht der bürgerlichen Parteien gegeben wird. Der Minister aber erklärte in den letzten Tagen im Reichstage, daß er es nicht für richtig halte, dafür eine Gegenleistung zu geben.

Dabei haben die Eisenbahner durchaus nicht so hohe Löhne, daß sie der rücksichtslosen Ausbeutung durch alle Geschäftsleute widerstandslos ausgeliefert werden dürften. Von den in Preußen beschäftigten 325 000 Arbeitern und Hilfsbediensteten haben 7500 ein Einkommen von über 1800 Mark, 9423 ein solches von 1650-1800 Mark, 19 587 ein solches von 1500-1650 Mark, 86 000 haben ein Einkommen von 1200-1500 Mark, und über 200 000 Arbeiter haben unter 1200 Mark Verdienst. Und in Lübeck sieht es ähnlich aus. Daß bei solchen Löhnen an ein menschenwürdiges Dasein nicht gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Aber die elenden Zustände vermögen auch die sogenannten Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen, mit denen so viel Klatsch getrieben wird, nicht hinwegzutäuschen.

Was ist nun dagegen zu tun? So lange eine starke, selbständige Organisation fehlt, ist Selbsthilfe ausgeschlossen. Geholfen werden kann nur durch die Gesetzgebung, vor allem durch den Reichstag. Als allererste Forderung für alle Arbeiter einzutreten haben, ist aufzustellen: die Sicherstellung der Ausübung aller staatsbürgerlichen Rechte. Für eine solche Forderung, aus der sich die weiteren von selbst ergeben, treten aber die bürgerlichen Parteien nicht ein. Nur die Sozialdemokratie ist es, die dieses Menschenrecht auch den Eisenbahnern uneingeschränkt verschaffen will. So lange nicht die Behinderung der Ausübung aller Rechte unter Strafe gestellt wird, dauert die Knechtschaft der Eisenbahner fort, und jede den Arbeitern zugesagte Schädigung der Lebenshaltung wirkt bei den Eisenbahnern doppelt und dreifach schlimmer.

Weiter ist zu fordern: Unterstellung der Arbeiter unter die Gewerbeordnung, Revision der Betriebe durch die Gewerbeinspektion, unter Mitwirkung der Arbeiter selbst, und Schutz vor Benachteiligung der gewählten Vertreter. Außerdem müssen die Arbeiterausgänge berechtigt werden, bei Festsetzungen der Löhne und bei Bestimmung der Arbeitszeit mitzuwirken. Für alle diese Forderungen sind aber die bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Die Arbeiter können auf sie aber auch nicht verzichten; deshalb müssen die Eisenbahner für die Sozialdemokratie eintreten, damit durch die Wahl vieler sozialdemokratischer Abgeordneter die Regierungen zur Nachgiebigkeit gezwungen werden.

Da die Wahl scheint ist, kann die Behörde mit Terrorismus, wie bei öffentlichen Wahlen, nicht einwirken. Notgedrungen gibt man an diesem einen Tage den geknechteten Arbeitern die staatsbürgerliche Freiheit, die man ihnen sonst widerrechtlich bestränkt. Schon im Jahre 1903 mußte der damalige preussische Eisenbahnminister von Budde erklären, die Eisenbahner könnten wählen, wie sie wollten: „Meinetwegen auch sozialdemokratisch!“

Am 12. Januar 1912 sieht das ganze deutsche Arbeitervolk zusammen. Auch die Eisenbahner dürfen nicht fernbleiben! Auch sie müssen sozialdemokratisch wählen!

Die Reichstagswahl.

„Wenn sie auch schimpfen, wenn sie nur bezahlen!“

Der Zentrum-Abgeordnete Erzberger beiruft in der Presse seiner Partei, daß er in einer Wählerversammlung bei der Konstanzer Wahl bezüglich der neuen Steuern gesagt habe: „Wenn sie auch schimpfen, wenn sie nur bezahlen!“ Jetzt treten Teilnehmer an dieser Versammlung — allerdings keine Zentrumskräfte, sondern Liberale und Sozialdemokraten — auf und erklären, daß Erzberger obige Äußerung doch getan hat. Der schreiblustige Mathias wird nun wohl aufs neue dementieren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Marokko-Verhandlungen in der Budgetkommission.

Das Wollische Telegraphenbureau hat das Protokoll über die Verhandlungen der Budgetkommission vom 17. November der Öffentlichkeit übergeben. Seit geraumer Zeit bereits werden von den Verhandlungen dieser Kommission gedruckte Berichte hergestellt, die aber nur den jeweiligen Mitgliedern der Budgetkommission zugestellt werden und für die Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Versagt werden diese Berichte von einem Beamten des Reichstages, und zwar handelt es sich dabei nicht um eine wörtliche, sondern nur um eine sinngemäße Wiedergabe der Ausführungen der einzelnen Redner. Das vom Wollischen Bureau verbreitete Protokoll ist selbstverständlich vorher in allen Einzelheiten sehr genau geprüft worden. Umso mehr muß es auffallen, daß in der Veröffentlichung neuerdings ein scharfer Nies gegen die Alldeutschen geführt wird. Im Laufe dieses Sommers erschien eine Flugchrift mit dem Titel „Marokko deutsch!“, als deren Verfasser der Rechtsanwalt Dr. Claf in Mainz, der bekannte Führer der Alldeutschen, zeichnete. In dieser Broschüre war verlangt worden, daß Deutschland ein Stück Marokkos annektieren müsse, und der Einfachheit halber war der Broschüre gleich eine Landkarte beigegeben, in die der Umfang der deutschen Erwerbung eingezeichnet war. Wie sich aus dem Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission ergibt, hat dem Staatssekretär v. Riederlen-Wächter diese Broschüre vor seiner Veröffentlichung vorgelegen. Herr v. Riederlen-Wächter erklärte aber, daß er der Veröffentlichung nicht zugestimmt habe und ging dann noch einen Schritt weiter damit, daß er sagte:

„Die Broschüre würde übrigens anders beurteilt werden sein, wenn sie vollständig erschienen wäre, denn weiter habe darin z. B. gestanden, wir sollten nicht nur Marokko, sondern auch das Rhone-Departement uns friedlich aneignen.“

Die Alldeutschen konnten sich natürlich nicht im Zweifel darüber sein, daß das Rhone-Departement, eine hochindustriell entwickelte französische Provinz, auf friedlichem Wege unter keinen Umständen zu haben war, und daß ein solches Verlangen Deutschlands unweigerlich zu einem Kriege hätte führen müssen. In der letzten Zeit hat es die alldeutsche Presse mit mehr Eifer als Geduld abgelehnt, daß sie zum Kriege gehegt habe. Hier wird ihr nun einmal in aller Form amtlich attestiert, daß sie tatsächlich Forderungen propagiert hat, die ohne Krieg einfach nicht zu erfüllen gewesen wären.

Die „Post“ ist denn auch garnicht besonders erbaut von den Darlegungen des Staatssekretärs. Sie hält daran fest, daß eine Anzahl Journalisten vom Auswärtigen Amt dahin instruiert worden sei, daß man in Marokko Gebietserwerbungen anstrebte, und das alldeutsche Blatt betont ganz besonders, daß die bevorstehende Gerichtsverhandlung darüber Ausschluß geben werde. — Der ganze Eindruck, den man aus dem Auftreten des Herrn von Riederlen-Wächter gegen die Alldeutschen gewinnt, ist der, daß er sich von den Alldeutschen in ihre Pläne einweisen

ließ, sie zwar nicht ermunterte, ihnen aber auch nicht scharf entgegentrat und nun die Kriegshetze schonungslos preisgibt.

Die Ausführungen des Staatssekretärs werden natürlich eine Antwort der englischen Regierung zeitigen müssen, und von dem Ausfall dieser Antwort wird es abhängen, in welchen Bahnen sich die weiteren Auseinandersetzungen bewegen. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zig.“ klingt nicht gerade besonders beruhigend. Dort wird nämlich mit Beziehung auf England ausgeführt:

„Die akute Krisis ist vorüber. Aber der Ernst der Lage bleibt bestehen. Mit noch größerer Spannung als bisher erwartet man nunmehr die englischen Erklärungen, die Aufschluß darüber geben sollen, wie England in Zukunft seine Politik Deutschland gegenüber orientieren will. Von der Stellungnahme der englischen öffentlichen Meinung und der Regierung werde es abhängen, wie sich in Zukunft die Beziehungen zwischen Deutschland und England entwickeln würden, ob sie mißtrauisch unfreundlich bleiben oder ob sie noch in besseres Geleise hinübergeleitet werden könnten.“

Das deutet darauf hin, daß sehr wohl noch Komplikationen überaus schwerwiegender Art eintreten können.

Mittlerweile scheint man sich entschlossen zu haben, für die ganz zweifellosen Fehler, die im Auswärtigen Amt gemacht worden sind, einen Sündenbock zu suchen, den man in die Wüste schicken kann, und als solchen hat man den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann ausersehen, der soeben einen längeren Urlaub angetreten hat, mit dem der Rücktritt aus seiner Stellung eingeleitet werden soll.

Man ist also vor Überraschungen keineswegs sicher, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine gewisse Englandhete dazu benutzt werden soll, die Ansichten der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf etwas zu verbessern.

Steuerungseingabe an den Reichskanzler.

Die Groß-Berliner Gemeinden haben dem Reichskanzler eine Eingabe zugehen lassen, in der beantragt wird: eine Ermäßigung der Zölle auf Brotgetreide und Wiedereinführung des Identitätsnachweises, Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, Hülsenfrüchte, Reis, Gemüse, lebendes Vieh, frisches und gefrorenes Fleisch, Schweinefleisch, Speck und Butter; Aufhebung der Kontingentierung für lebendes Schlachtvieh und Beseitigung der Grenzsperr; Beseitigung der bestehenden Erichwerungen der Einfuhr von frischem Fleisch und Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien usw.

Auf die Antwort des Reichskanzlers braucht man gar nicht weiter gespannt zu sein, er hat sie bereits aus Anlaß der Steuerungs-Interpellation gegeben.

Zur Eröffnung des preussischen Landtags.

Die Meldung, der preussische Landtag werde am 16. Januar eröffnet, wird als unrichtig bezeichnet. Auch soll die Meldung unzutreffend sein, daß die Staatsregierung, um die Legislaturperiode des Reichstages und des Landtages wieder in Übereinstimmung zu bringen, das Abgeordnetenhaus im Laufe der jetzigen parlamentarischen Kampanie aufzulösen und eben zu diesem Zwecke eine neue Wahlvorlage zu unterbreiten beabsichtige; vielmehr liege der Staatsregierung durchaus fern, den jetzigen Gesetzgebungsabschnitt des Landtages in irgend einer Weise zu verkürzen. — Sie weiß ja auch nicht, was sie wiederbekommen würde. Und so denkt sie wohl: Wenn du noch soviel Landrat hast, dann danke Gott und sei zufrieden!

Eine Regierung für ehrlische Wahlen.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht eine vom Gesamtministerium gezeichnete Deklaration über die Wahl der Landtagsabgeordneten, in der es heißt: „Den Regierungen befehlen wir, die Vorschriften des Wahlgesetzes genau zu vollziehen. Wir erwarten hierbei von allen Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer bestmöglichen Pflichten, Leitung und Wahlverhandlungen mit rückichtsloser Unbefangtheit, Beschränkung der Freiheit der Wahlstimmen vor Einschüchterung oder Bestechung und pflichtgemäße Enthaltung von jeder Beschränkung der Wahlfreiheit.“

Natürlich geschieht das nicht etwa in Preußen, sondern in — Bayern.

In Ostpreußen und überall, wohin des preussischen Landrats harter Arm reicht, wird man wieder mal lächeln über die bayerische Gemütslichkeit. Sa, soll denn die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger mehr sein, als ein Blatt Papier? So weit sind wir im Sankt-Paradies noch nicht. . . .

Bundesbrüderliches.

Die preußisch-deutsche Regierung und ihre Mehrheit arbeitet ununterbrochen an der Festigung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn. So z. B. durch Einführung von Schiffsfahrtsabgaben. Und jetzt wird aus Wien gemeldet, daß der Kaiserhof beschloffen hat, im Abgeordnetenhaus eine Interpellation betreffend die Behandlung österreichischer Staatsbürger polnischer Nationalität innerhalb des Deutschen Reichs einzubringen. — Es wird sich dabei in der Hauptsache um die berüchtigten Arbeiter-Legitimationskarten und um die preussische Ausweisungspraxis handeln.

Torpedoboote auf Lager.

Wie man Waren für das Lager zum Verkauf fabriziert, so macht man jetzt auch in Hinblick der kommenden Dinge Torpedoboote unbefestigt zu bauen, um damit später noch bessere Geschäfte machen zu können. In einer Zuschrift des „Berl. Tagebl.“ heißt es:

„Es mag Ansehen erregen, daß die Schiffsbauerei in Elbing begonnen hat, Torpedoboote für eigene Rechnung zu bauen. Dieser Schritt ist von außerordentlicher Tragweite für den ganzen Kriegsschiffbau. Geht die Welt zum Bau von Torpedoboote über, so stehen nur zwei Möglichkeiten offen. Entweder die Schiffsbauerei will tatsächlich einen Handel mit fertigen Kriegsschiffen anfangen — das wäre der großartigste Plan, der jemals erdacht ist — oder sie rechnet mit dem Eintritt ganz bestimmter Umstände, die bisher nur Eingeweihten bekannt sind.“

Oder hat irgendeine Regierung unverbindliche Anweisung auf den Bau gegeben? Die Zuschrift des „Berl. Tageblattes“ schließt:

„Auffällig ist, daß die Boote genau die Abmessungen der zuletzt für deutsche Marine gebauten Torpedoboote erhalten. Das Schicksal dieser Torpedoboote flotte zu verfolgen, wird für den deutschen Steuerzahler ein großes Interesse haben.“

Agrarische Wahl-Stipendien.

Die Glogau-Saganer Fürstentumslandwirtschaft, ein rein agrarisches Konventikel, hatte vor einiger Zeit beschloffen, dem Bund der Landwirte 2000 Mk. zu Wahlzwecken zu überweisen. Gegen diese Art von Verwendung der Mittel der Fürstentumslandwirtschaft hatte der Führer des Bauernbundes, Herr Hoff, Beschwerde eingelegt, und nunmehr folgende Antwort bekommen:

„Auf die Eingabe vom 8. Juli 1911 erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich Ihrem Antrage, die Landschaft in Glogau anzuweisen, die dem Bunde der Landwirte ausgezahlt 2000 Mk. zurückzufordern, nicht stattzugeben vermag. Die Glogauer Kreislandwirtschaft, aus der die erwähnte Zuwendung entnommen worden ist, gehört nach dem Ergebnis eingehendster Ermittlungen nicht zum Vermögen der Glogau-Saganer Fürstentumslandwirtschaft, und wird auch nicht von der Landschaft verwaltet oder beaufsichtigt. Hiernach ist die landwirtschaftliche Aufsichtsbehörde zu einem Einschreiten nicht zuständig, und es erübrigt sich deshalb für mich ein Eingehen auf die Frage, ob die Zuwendung angebracht war.“

n. Schorlemer.“

Um diese Entscheidung zu fällen, gebrauchte der Minister 3 1/2 Monate. So einfach scheint die Sache also doch nicht zu sein. Im übrigen kann man über die Auffassung des Ministers doch sehr geteilter Anschauung sein!

Der schwarzblaue Block

Ist jetzt auch für die bayerischen Landtagswahlen in der Pfalz perfekt. Die Vertrauensmänner der Bündler haben sich, wie nicht anders zu erwarten, in diesem Sinne entschieden und danach ihre Taktik eingeschlagen. Daß die Gesellschaft jede Unterstützung der Sozialdemokratie ablehnt, brauchte sie gar nicht zu beschließen. Das versteht sich von selbst. Unsere Genossen pfeifen auch auf die Unterstützung dieses Kalibers.

Positive „Munkürzer“-Arbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages beschloß, einen Antrag auf Linderung der Wohnungsnot einzubringen.

Wie ist dem Steuerbetrag beizukommen?

In einer längeren Untersuchung über diese Frage, die der preussische Oberverwaltungsgerichtsrat Mrozek im „Tag“ veröffentlicht, kommt er u. a. zu folgenden, von der Sozialdemokratie längst erhobenen Forderungen:

„Es muß die Allgemeinheit immer mehr die Gewissheit erhalten, daß die direkten Steuern auch wirklich nach der Leistungsfähigkeit angesetzt werden. In diesem Zwecke ist die besondere Besteuerung der Kapitalanlagen einzuführen und die Gleichmäßigkeit der Veranlagung im gesamten Staatsgebiete dadurch zu sichern, daß diese allgemein durch Behörden erfolgt, welche nur auf den Willkür des Finanzministers zu achten haben.“

Das Mißtrauen dieses hohen Richters gegen die Landräte als Steuerbehörden ist höchst bezeichnend. Mrozek fordert dann weiter noch, daß bei Rückfällen aus Billigkeitsgründen frühere Bestrafungen nicht in Rücksicht gezogen werden. Gut; aber welche grausame Urteile sind über arme Teufel gerade wegen „Diebstahls im Rückfalle“ gesprochen worden!

Die bayerischen Lehrer gegen das Zentrum.

Ein Aufruf des Lehrers Benzl in der „Freien Bayerischen Schulztg.“ zu den Landtagswahlen schließt mit folgenden Kernsätzen:

„Das Zentrum . . . hat keinen Stand so mit Füßen getreten wie uns. Es hat wider Verein und Fachpresse eine schamlose Verleumdungskampagne angezettelt. Das Maß ist überfüllt. Wir zahlen die Unkosten beim mit Zinseinzinsen. Wir haben noch niemals unsere Gesinnung verleugnet oder sind vor seiner Macht zurückgewichen. Wir sehen dem Zentrum auch furchtlos ins Auge, wenn es wieder die Gewalt im Landtage bekäme. Aber jeder ehrliche Gegner müßte uns verachten, wenn wir heute nicht mit Macht ins Land rufen würden: Auf ihr Bräutigam im Lande! Es hat eine große Schicksalsstunde geschlagen in der Geschichte des bayerischen Volkes. Es gilt Knechtsketten zu sprengen. Die Not hat uns gestählt. Und Ehrengott bricht die Not.“

Fortschrittler und Zentrum — Hand in Hand.

Die Fortschrittler haben der Reaktion bittere Fehde angelegt, und zum Beweis dafür, daß sie es damit ernst meinen, haben sie einen — Sozialistenpiegel herausgegeben. Es ist in der Tat gut, daß die Herkunft dieses Machwerkes deutlich kenntlich gemacht ist, weil es sonst zweifellos dem Reichswahrheitsverband zugeschrieben worden wäre. Günstiger und verlogener sind die Reichsverbandschriften schließlich auch nicht. Die Fortschrittler haben sogar eine Anleihe beim Zentrum gemacht. Der frühere Vg. Sachem (Zentrum) hatte als erster im Reichstage die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokraten wären in der Zolltarifkommission für Zollfreiheit für Austern und Kaviar eingetreten. Aufgefordert, dies zu beweisen, ließ sich Sachem die Protokolle der Kommission kommen, um dann erklären zu müssen, daß in den Protokollen nichts enthalten sei, das seine Behauptung stützen könnte. — In der Zolltarifkommission haben die Sozialdemokraten zunächst deshalb bei jeder Tarifnummer Zollfreiheit beantragt, damit über den Antrag eine Diskussion herbeigeführt werden konnte. Aber gerade bei Austern und Kaviar haben die Sozialdemokraten die Zollfreiheit nicht beantragt, sie haben sogar für diesen Zoll gestimmt.

Diesem Zentrumschwandel haben sich also die Fortschrittler zu eigen gemacht, vielleicht entschließen sie sich

nach solchen Anzeichen noch dazu, den Kampf nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Zentrum zu führen.

Klein sollte sich diese niedliche Kleinigkeit nicht entgehen lassen. Sie paßt so wunderschön unter die „geistigen Waffen“, die er gegen uns zu schwingen beliebt!

Kleine politische Nachrichten.

Das Disziplinungsverfahren gegen Pfarrer Traub hat gestern in Breslau begonnen. — Im sächsischen Landtag wurde der Güterwagenmangel im letzten Sommer scharf kritisiert. Der Minister erklärte, er habe allein während der Manöver 21 000 Güterwagen für den Militärtransport stellen müssen. Daß die Arbeiter betroffen werden, die infolge des Mangels an Wagen schwer unter einer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, schert die Herren wenig. — Die Vorbeeren des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz, des Gründers von „Jungdeutschland“, lassen den Stottinger General Klein nicht ruhen. Er will, wie die „Staatsbürgerzeitung“ mitteilt, alle antisemitischen Verbände des deutschen Sprachgebiets zu einem „Jungdeutschen Bund“ zusammenfassen, die Goltzische Jugendbündler ist ihm zu wenig „rafferin“. Die „Arbeiterjugend“ wird weder der eine noch der andere General einfangen, wenn das Proletariat sich seiner Pflicht gegen sich selbst bewußt bleibt. — Die Regierung in Wabdeck-Pyromont plant eine Verstaatlichung der Mobilien-Generierung und wird einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf demnächst dem Landtag vorlegen. — Der japanische Minister Komura ist gestorben.

Schweden.

Die Wahlen zur ersten Kammer finden gegenwärtig statt. Ein Drittel derselben sind bis jetzt beendet. Gewählt wurden in diesen Kreisen 29 Konservative, 20 Liberale und sechs Sozialdemokraten, während sie durch 45 Konservative, 9 Liberale und 1 Sozialdemokraten vertreten waren. Den Konservativen geht es also auch hier an den Krügen, zugunsten der Sozialdemokraten und der Liberalen.

China.

Die Revolution. Die ganze chinesische Flotte ist in den Händen der Revolutionäre von Hankau. Das nächste Ziel der Aufständischen ist Peking. Widerstand erscheint hoffnungslos. Die kaiserlichen Truppen ziehen sich von Hankau über den Gebirgspass zwischen den Provinzen Honan und Hupeh zurück. — Die Revolutionäre, die jüngst in Hankau wieder feste Stellung gewonnen hatten, zogen sich neuerdings nach Hankau zurück. Obwohl sie einerseits die Bereitwilligkeit ausdrückten, über die künftige Regierung mit Sunshikai zu verhandeln, beharren sie andererseits darauf, daß die Einrichtung der Republik das einzige Mittel sei, einen endlosen Kampf abzuwenden.

Die Gesandten der fremden Mächte in Peking haben sich in einer Besprechung geeinigt, daß es ratsam sei, die Gesandtschaftswachen zu verstärken. Die Stärke der einzelnen Wachen soll bis zu 300 Mann betragen.

Der Raubkrieg.

Die Italiener hoffen, ihre Truppen in Tripolis Anfang Dezember auf 80 000 Mann zu bringen. Dann soll der Vorstoß gegen die Türken beginnen. Wenn ihnen derselbe nur nicht schlecht bekommt.

Aus Konstantinopel wird unter dem gestrigen Tage gemeldet:

Die Absperrung der Dardanellen für die gesamte Schifffahrt steht in den nächsten 24 Stunden zu erwarten. Durch die Blockade werden die neutralen Staaten Rußland, Rumänien und Bulgarien in ernstliche Mitleidenschaft gezogen. Sie werden von dieser Maßregel intensiver als die Türkei getroffen. Es gilt in Konstantinopel als ausgeschlossen, daß Rußland die Blockade ruhig akzeptieren wird; sie steht in zweifellosem Widerspruch mit einer Reihe von Verträgen und ebenso mit der Praxis. In diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Frankreich 1870 von einer Blockade der Emsmündung abfiel, weil dadurch das neutrale Holland geschädigt worden wäre. Ähnliche Beispiele liegen auch aus den amerikanischen Kriegen vor.

Kießer vom Hansabund kontra Julius Klein.

Wie mancher der genialen Politiker mit „langen Fortschrittsbeinen“ vertritt auch unser liberaler Mischmachland die wunderbare Idee, daß jeder weitere Erfolg der Sozialdemokratie gleichbedeutend sei mit einer Stärkung der Reaktion. Auch der einzige fortschrittliche Reichsbot, Berlin, Herr Kamp, hielt es dieser Tage für zeitgemäß, sich durch das Vortragen dieses blühenden Unsinns zu blamieren. Denn Unsinns schlimmster Art ist natürlich die Behauptung, die Reaktion werde stärker, wenn ihrem rückwärtsstößenden und energielosen Gegner die Kräfte wachsen; es sei denn, die Fortschrittlichen legten in die Behauptung des für sie so wenig ehrenvolle Beständnis hinein, daß jede Stärkung der Sozialdemokratie die „unentwegten“ Fortschrittler weiter ins Lager der Reaktion treibe. Nur wenn man das Beständnis der eigenen Feigheit, des man gelunden Mannesmutes gegenüber der Reaktion damit verknüpft, liegt ein gewisser Sinn in der an sich unglaublich törichten und sinnlosen Redensart. Das scheint auch der Chef des Hansabundes, Geheimrat Kießer, zu fühlen. Dieser Herr, dem taktisches Talent nicht abzusprechen ist, hielt am Donnerstag in Hannover eine Rede, über die das „Berl. Tagebl.“, ein der Richtung, der Herr Klein in notgedrungen zugehört werden muß, sehr nahesteheendes Organ, wie folgt urteilt:

„Der Präsident des Hansabundes gehört nicht zu den Leuten, die — um einen Ausbruch von ihm selbst zu wiederholen — „Angst vor ihrer eigenen Courage“ bekommen. Er schielt beim Vorwärts nicht ängstlich nach links, ob die roten Schlachthäuser auch nicht zu große Fortschritte machen! Fortschritte, die später einmal zur Auflösung des — noch gar nicht gewählten — Reichstages führen und dann, die Reaktion stärken — könnten. Kießer hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß das liberale Bürgertum auch gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen habe, aber gefälligst nicht aus Gründen einer superflugen Taktik, sondern aus prinzipiellen Gründen. Wo das Bürgertum, in der entscheidenden Stunde, sich der Sozialdemokratie als feindlich

Konkurrenten um den Siegespreis gegenüber steht, da soll es den Kampf führen mit aller grundsätzlichen Schärfe, die die Verschiedenheit der politischen Anschauungen und Ziele bedingt. Aber es soll sich die Energie im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind nicht durch die schwächliche Erwägung lähmen lassen, daß eine starke Sozialdemokratie in einer ferneren, noch unübersehbaren Zukunft, möglicherweise der Reaktion noch einmal zugute kommen könnte! Die starke Wirkung der Reichstagswahlrede beruht eben darauf, daß sie gar nicht erst einläßt auf solche überängstliche Erwägungen der gleichen Art vor Dingen, die eintreten — können; sondern daß sie stattdessen gleich auf die praktische Frage losgeht: wie ist es zu verhindern, daß diese unerwünschten Dinge eintreten? Ob das, was das Bürgerturn zur Erreichung dieses Zieles (Schutz gegen die Wiederkehr der Reaktion.) tun muß, auch der Sozialdemokratie zugute kommen könnte, ist Nebenfrage, Hauptfrage ist, daß es der verbündeten schwarzblauen Reaktion nicht zugute kommen darf. Das muß die unverrückbare Richtlinie im Wahlkampfe sein und bleiben."

Nieser vertritt also das Gegenteil dessen, was der ängstlich schielende, vor der eigenen Courage Angst bekommende, von bleicher Furcht vor „möglichen“ Dingen, die tatsächlich zu den Unmöglichkeiten gehören, erfüllte Herr Klein predigt. Aber Herr Nieser darf sich über seine „liberalen“ Panzierschilde nicht wundern. Es ist komisches Kraut drunter. Hat doch in Nuße Herr Klein mit eigenem Beharhaftigkeit die absolute unwahre Behauptung aufgestellt, bei den preussischen Landtagswahlen wären in Schlesien die Sozialdemokraten für den Konservativen eingetreten. Da es sich dabei nur um Breslau handeln kann, kann es sich wiederum bei Herrn Klein nur um eine Verletzung gleichen Kalibers handeln, wie bei der „Stärkung der Reaktion durch die Erfolge der Sozialdemokratie.“ In Breslau lagen die Dinge so: Es waren drei Abgeordnete zu wählen. Freisinnige und Sozialdemokraten hatten zusammen mehr Wahlmänner, als der schwarzblaue Block, dem jede Partei für sich nicht gewachsen war. Die Sozialdemokraten beanspruchten mit vollem Recht eines der drei Mandate. Die Freisinnigen waren aber zu feige, dieser selbstverständlichen Forderung zuzustimmen, sie waren so unverschämte, alle drei Mandate für sich zu fordern. Da das denn doch über Freude und Rottstift ging, überließen unsere Parteigenossen den feiglichen Freisinn, der nicht die Courage hatte, für einen Sozialdemokraten gegen drei Reaktionäre einzutreten, seinem wohlverdienten Schicksal. Und unsere Genossen müßten die Selbstverleugnung bis zur Selbsterniedrigung treiben, würden sie in künftiger Zeit bei gleicher Sachlage nicht genau so handeln.

Interessant ist es aber, zu sehen, wie der Führer des Hansabundes seine „liberalen“ Männen aufrufen muß, nicht Angst zu haben vor der eigenen Courage. Bei Klein wird's natürlich nichts nützen. Ihm bangt nicht vor der Reaktion, die ihn ja in den Sattel heben und reiten lassen möchte, sondern vor der Sozialdemokratie, die ihm den dicken Strich durch die Rechnung macht. Und deshalb greift er zu der „superklugen Taktik“, wie ein geriffener Taschenspieler Sozialdemokratie und Reaktion zu Bundesgenossen zu stampeln, er, der Schildkrappe des reaktionären Lübecker Scharfmachertums! Eine feine Nummer!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntags, den 25. November.

„Liberal“ Spezialitäten.

Da Herr Julius Klein sich anscheinend gern auf schlesischen Boden bewegt, seien ein paar interessante Fälle aus Land „Ningen“ berichtet, die unser Freund zur Füllung seines Zitatenscheitels benutzen sollte. Also: In Grünberg haben die Bauernbündler, die ländlichen Vertreter der Hansabundes, Aufstellung eines eigenen Kandidaten beschlossen. Dieser würdige Herr, der also einer Organisation angehört, auf die der Liberalismus, insbesondere der angeblich linksstehende, so große Hoffnungen setzt, hat erklärt,

es wäre ganz gut, wenn der „ungekrönte König“, also Seydebrand, im ersten Wahlgang durchkäme; sollte doch, woran er zweifle, eine Stichwahl zwischen Konservativen und Fortschrittlichen stattfinden, so werde er für den Konservativen stimmen.

Und in Hirschberg haben die rechtsstehenden, mit dem Wort „national“ ihre Sünden vertuschenden Liberalen beschlossen, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und keine von den anderen bürgerlichen Parteien (Freisinnige und Konservative) offiziell zu unterstützen. Den Nationalliberalen des Wahlkreises wird anheimgestellt, nach ihrem eigenen besten Gewissen für einen der bürgerlichen Kandidaten zu stimmen, sie dürfen also auch für den Vertreter des schwarzblauen Blocks eintreten, den der Liberalismus angeblich zerrimmern möchte. Also, Herr Julius Klein — registrieren Sie getrost diese Leistungen des Liberalismus als Zeichen, daß der Schrittmacher der Reaktion die — Sozialdemokratie ist!

Die Agitationsmethode der Liberalen illustriert trefflich eine Mitteilung aus Büßau, wo Herr Klein am Montag vor 15 Personen gesprochen hat. Die Laufzettel zu der Versammlung wurden zum Teil den Kindern in der Schule zur Abgabe an ihre Eltern verabfolgt; einen Teil hat ein Briefträger auf seinem Dienstgange verteilt. Solche Hilfskräfte stehen uns allerdings nicht zur Verfügung; wir verzichten selbstverständlich auch darauf. — In der Versammlung hat, wie unser Gewährsmann meint, Klein kein sonderlich gutes Geschäft gemacht, obwohl die Walze alles herunterleerte, was der wundersame liberale Kandidat an politischen „Kleinigkeiten“ auf dem sorgenschweren Herzen hat.

Kriegervereinsmitglieder vor die Front! Es ist schon eben oft behauptet wie bestritten worden, daß die Militärbehörden bemüht sind, bei den Kontrollversammlungen Mitglieder für die Kriegervereine zu werben, von denen Oberst Gädke schrieb, daß sie geeignet seien, dem Volke das Rückgrat zu brechen. Jetzt bestätigt ein Kriegerverein selbst, und zwar der in Borsau im Fürstentum Lübeck, die Wirksamkeit der Militärbehörden für die sogenannten Kriegervereine. Der „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck“ bringt nämlich ein längeres Geständnis darüber, daß die „Herren Offiziere des Verurlaubtenstandes die Kriegervereine bei deren Festen links liegen lassen und daß sie solche Nichtachtung der Kameraden sogar am Kaisergeburtstag üben.“ Dann heißt es weiter: „Auf den Kontrollversammlungen müssen diejenigen, die einem Kriegerverein angehören, vor die Front treten. Auf diese Weise unterstützt die Militärbehörde das Kriegervereinswesen.“ Wenn uns auch der Schmerz der braven „Krieger“ über die Absentierung der Vorgesetzten bei deren Festlichkeiten menschlich rührt, so war doch die Konstatierung der Tatsache, daß die Militärbehörde Kontrollversammlungen zur Kriegervereinspropa-

ganda bemüht, noch interessanter. Man kann es unter solchen Umständen verstehen, wenn die maßgebenden Kreise sich sträuben, der geforderten Beseitigung der auch nach Meinung diverser Sachverständigen völlig überflüssigen Kontrollversammlungen nachzukommen. Einsichtige Arbeiter werden sich allerdings auch auf Kontrollversammlungen nicht für die „Krieger“vereine einsagen lassen.

Eine Klein-Versammlung in Bierbrade fand am Freitagabend im Ehlertischen Gasthause daselbst statt. In einflussiger Rede trat Klein für weitere uferlose Deere- und Flottenrüstungen und für die Kolonialpolitik ein, redete etwas Verkehrt über das Militärwesen und den sozialistischen Zukunftsstaat, präsidierte liberaler Politik, brachte seine alten Wäghen und Ladenhüter gegen die Sozialdemokratie zum Vorschein und wandte sich am Schluß gegen die grundsätzlose Politik des Franz Behrens, der selbst nicht wisse, was er wolle. Als erster Diskussionsredner sprach unser Genosse Bromme, der in dreiviertelstündigen Ausführungen Herrn Klein energisch entgegentrat. Er wies darauf hin, daß der Freisinn es war, der bei der Potentottenwahl drei Duzend Mandate den ärgsten Reaktionären, darunter auch den eben heruntergerissenen Antisemiten zuschanzte, und dadurch den Fall der Erbansatzsteuer indirekt verschuldete. Genosse Bromme sprach dann über die Finanzreform, streifte kurz die Marokkofrage, wies auf die Schuldenwirtschaft des Reiches hin, erörterte die Stellung unserer Partei zum Kältungswahnsinn, die indirekten Steuern, das System der Einfuhrzölle und stellte dann die Phantasieereien über die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel richtig. Bei der Besprechung der Lebensmittelerhöhung konstatierte Redner, daß Herr Klein insofern seine Ansicht über die Teuerung revidiert habe, als er jetzt eine schwere Teuerung zugab, während er sie in der Bürgererschaft als gelind bezeichnete. Nachdem Genosse Bromme dann noch nachgewiesen hatte, daß die Sozialdemokratie die wahre Freundin der Landarbeiter und Kleinbauern sei, forderte er zur Wahl unseres Genossen Theodor Schwarz auf. Darauf nahm unser Genosse Bedder das Wort, der kurz auf die Reichsversicherungsordnung einging, für die auch die Partei des Herrn Klein gestimmt habe und dann durch einige Ausprüche bürgerlicher Politiker und selbst Bebel's nachwies, daß die Sozialdemokraten wirklich national seien. Dann meldete sich Herr Langhoff zum Wort, der allerlei unfinniges Zeug zusammen schwätzte und ein Loblied auf das ländliche Schulwesen sang, das vom Genossen Bromme kritisiert worden war, und das Zentrumswort „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“ als seinen Grundgedanken bezeichnete. Genosse Bromme, der nunmehr zum Worte kam, kennzeichnete den blühenden Untergang des ländlichen Jugendbildners unter lebhafter Zustimmung in treffender Weise. Das ließ Langhoff natürlich nicht ruhen, den Gipfel der Lächerlichkeit mit seinem zweiten Ausführungen zu erklimmen. Kein Mensch wurde daraus klug, was er eigentlich wollte. Genosse Bromme geigte dem Herrn noch einmal gründlich die Wahrheit. In seinem Schlusswort gab Herr Klein dann die Jubiläumsgabe seiner „ollen Kamellen“ heraus, wozu ihm der Lehrer Langhoff durch ein Hoch gratulierte. Um 1 Uhr nachts war die interessante Versammlung beendet, bei der Klein und seine Trabanten recht kläglich abschnitten.

Die Entlassung der Armenkassen durch die Arbeiterversicherung wird durch eine Notiz festgestellt, die auch das Amtsblatt wiedergibt. Unterlassen wird, dieser Tatsache, die beweist, wie unendlich dringend notwendig der gesetzliche Schutz gegen die schlimmsten Folgen unverschuldeter Not und Armut war, zuzufügen, daß eine weitere große Entlastung der Armenverwaltungen stattfindet durch die modernen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften und in letzter Zeit auch durch die aufblühenden genossenschaftlichen Organisationen der Konsumenten. Die positive Arbeit des Proletariats kommt also in bedeutungsvollem Umfange auch der Allgemeinheit zugute — trotz allen bürgerlichen Geschimpfes über die „Unfruchtbarkeit“ der Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft!

Den Aktionären der Lübeck-Büchener Eisenbahn, die schon seit Jahren den respektablen „Entschuldigungslohn“ von 8 Proz. im vorigen Jahre von 8 1/2 Prozent anstecken durften, stehen jetzt nach einer im Amtsblatt aufgestellten Berechnung nächstes Mal mindestens 9 Proz. in Aussicht; außerdem würden noch reichliche Mittel für Abschreibungen und Rückstellungen übrig bleiben. — Und wieviel gedenkt man für die zum großen Teil mit mehr als bescheidenen Bezügen abgepeisten Arbeiter und Unterbeamten anzulegen? Demen täte es wahrlich eher not, einmal mit einer wirklich fühlbaren Zulage bedacht zu werden. Die Aktionäre hungern auch bei 8 Proz. noch nicht!

Den Offenbarungsgeld leisteten im Monat Oktober 18 Personen, darunter 2 Frauen, vor dem hiesigen Amtsgericht.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 8 Uhr, gelangt Karl Schönherr's packendes Schauspiel „Glaube und Heimat“ zur nochmaligen Aufführung.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Sonntag nachmittags 3 Uhr gelangt Müllers Operette „Der Wette Student“ bei kleinen Preisen zur Aufführung. Abends 7 1/2 Uhr geht das Muffdrama „Tosca“ von G. Puccini zum ersten Male in Szene. In den Hauptpartien sind Hil. Widhalm und die Herren Kollwisch, Langefeld, Fabian, von Schenk beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Oberregisseurs Beyer, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Dr. Harsem. Am Montag gelangt bei Mittelpreisen Vorjüngs komische Oper „Far und Zimmern“ zur Wiederholung.

Masente. Bei der Ortsauswahl wurden neben vier bürgerlichen Kandidaten die Genossen Joll, Brockmüller, Dorstmann und Bötz, sowie ferner als Ersatzmänner die Genossen Martens und Severus gewählt.

Kiel. Wieder ein drakonisches Kriegsgeschichtsurteil. Der Matrose H. vom „Prinz Adalbert“ war als Käufer kommandiert. Gines Abends nach 10 Uhr erhielt er von dem Wachunteroffizier, Bootmannsmaat Kent, den Befehl, das Deck zu legen. H. glaubte, er könne als Käufer gar nicht zu dieser Arbeit herangezogen werden und führte Widerrede, setzte aber schließlich doch. Dann bekam er Befehl, zu glasen, als er das aber falsch machte, wurde er vom Unteroffizier beim Wachoffizier gemeldet. Später gab der Unteroffizier dem H. den Befehl, das Deck zu feudeln, weil noch einige Matrosen das Zeug gewaschen hatten. H. führte den Befehl aus und soll nun beim Feudeln dem Unteroffizier mehrmals mit dem Feudel über die Füße gefahren sein. Als er den Auftrag erhielt, die Posten zu wecken und dabei an dem Unteroffizier vorbeigehen mußte, erhielt letzterer einen Stoß gegen die Schulter, daß er taumelte. H. bekrönte den Unteroffizier absichtlich gestochen zu haben. Der Unteroffizier aber und ein Obermatrose sagten das Gegenteil aus. Er wurde wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten bei der Ausübung des Dienstes, Achtungsverletzung und Ungehorsam zu zwei Jahren drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Sechs Wochen wurden auf die Untersuchungshaft angesetzt. Für den Stoß gegen die Schulter des Unteroffiziers, der als tätlicher Angriff angesehen wurde, sind allein 3 w e r Jahre Gefängnis berechnet worden. Es ist dies die gesetzliche Mindeststrafe, wenn die Tat in Ausübung des Dienstes begangen ist und ein minderschwerer Fall angenommen wird. Bei schweren Fällen ist die Mindeststrafe fünf Jahre Gefängnis. Die drakonischen Strafen lassen die ganze Ungehörlichkeit des Militärstrafgesetzes erkennen.

Erkennd. Ein Zusammenstoß. Der Schlesswiger Dampfer „Frieda Horn“, der die Schlei aufwärts fuhr, fuhr an dem nördlichen Teil der Eisenbahnbrücke der Strecke Kiel-Fleensburg an. Die Brücke ist schwer beschädigt und läßt sich nicht mehr schließen. Der Zugverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Neuburg. Der Streik auf der Carlshütte bei Neuburg. Mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit geht die Carlshütte gegen die Lustkinder vor. Nach den Bestimmungen des Werkwohnungsvertrages sollen jetzt die Söhne von Werkwohnungsinshabern, die nicht auf der Carlshütte beschäftigt sind, nicht ohne Zustimmung der Direktion in diesen Wohnungen gebildet werden. Auch Arbeiter, die krank sind und deshalb garnicht ausständig werden konnten, die sich aber auch weigern, dem gelben Werkverein beizutreten, wird jetzt das Arbeitsverhältnis, zugleich aber auch die Werkwohnung gekündigt. Es wird diesen Arbeitern anheimgegeben, nach Wiedererlangung ihrer Arbeitsfähigkeit bei der Carlshütte vorzusprechen. Da es mit dem Zuzug von Arbeitswilligen nicht gehen will, vielmehr die wenigen Angeworbenen wieder fortgelaufen sind, versucht die Carlshütte Arbeiter von Lande anzuwerben. In den Zeitungen prangen verlockende Anzeigen. Die Carlshütte hofft auf diese Art willfährige Arbeitskräfte zu erhalten. Für die Arbeiter liegt keine Veranlassung vor, sich durch diese Manöver der Carlshütte beunruhigen lassen; die Direktion zeigt dadurch nur, in welcher Verlegenheit sie sich befindet.

Neuch. Stadtverordnetenwahl. Die am 23. November vorgenommene Wahl von drei Stadtverordneten für den eingemeindeten Stadtteil Ende hatte folgendes Ergebnis: Links-Freisinn: Lokomotivführer J. Kahle 335, Dachpappenfabrikant J. Winter 334, Kaufmann R. Junge 34 Stimmen. Sozialdemokratie: Zimmerer G. Jahn 224, Maurer J. Valentini 225, Tischler H. Pieler 224 Stimmen. Nationalliberal: Fabrikant G. Meyhoff 70, Hofbesitzer M. Gravert 66, Profurist G. Vemé 50 Stimmen. Die Erstgenannten sind gewählt. Die Wahlbeteiligung war nur 34 Prozent. Über 150 Arbeiter haben unter der Auffassung, es nützt ja doch nichts, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Wären sie zur Wahl gegangen, wären die drei Mandate der Sozialdemokratie zugefallen.

Einshorn. Wahltag. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 100 Stimmen Majorität gewählt. Unser Stimmenzuwachs betrug 100.

Wilhelmshaven. Wegen Verdachts des Verrats militärischer Geheimnisse wurde in Wilhelmshaven ein Oberpostbeamter vom kleinen Kreuzer „Blig“ verhaftet.

Bremen. Bürgerchaftswahlen. Am Donnerstag haben die Wahlen zur halblichthigen Erneuerung des Bremischen Reichstagsparlamentes begonnen. Die Wahl der Bürgerchaftsmitglieder erfolgt auf sechs Jahre. In dreijährigen Perioden scheidet die Hälfte der Vertreter aus. Gegen den Ansturm der Sozialdemokratie hat sich der hanseatische Liberalismus durch die Errichtung eines „Stachelzauns“ gehindert; eine hohe Bürgergebühre und ein elendes Klassenwahlsystem verbürgen ihm die politische Macht. Am ersten Wahltage haben unsere Genossen das Mandat des Gastabder Bezirks, in dem Genosse Senke, der auch Reichstagskandidat ist, kandidierte, mit 269 Stimmen Majorität wiedererobert. In den übrigen fünf Bezirken bleibt es wie bisher bei der bürgerlichen Vertretung. Die Wahlen werden noch bis zum 29. dieses Monats fortgesetzt.

Bremen. Die Bürgerchaft hat infolge des Todes des Bürgermeisters Dr. Marcus die Neuwahl eines Senators vorzunehmen. Am 4. November 1909 ist durch Abänderung des § 21 der Verfassung bestimmt worden, daß die Zahl der rechtsgelehrten Senatoren auf zehn beschränkt bleiben muß. Durch den Tod von drei Juristen innerhalb kurzer Zeit hält es der Senat für dringend notwendig, daß ein Rechtsgelehrter in den Senat gewählt wird. Beim Ausscheiden des nächsten Juristen darf ein solcher nicht wieder gewählt werden. Die Bürgerchaft stimmt dem zu und verlängert die Frist zur Vornahme einer Neuwahl bis zum 16. Dezember. Genosse Rhein erklärt sich namens unserer Fraktion mit der Vorlage einverstanden, um eine ordnungsgemäße Erledigung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Unser Senatwahlgesetz ist so beschaffen, daß nur mit Zustimmung des Senats ein Ratsherr gewählt werden kann. Mit Rücksicht auf die jetzigen Bürgerchaftswahlen hat ein bürgerlicher Herr einen Antrag auf Schaffung einer größeren Beständigkeit der Wahlbezirke eingebracht. Unsere Genossen Rhein und Waigand kennzeichnen dieses Manöver in der gebührenden Weise. Für Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts sind die Herren nicht zu haben. Der Antragsteller, Herr Nicolaus, ist jetzt durch die Verschiebung der Bezirke um sein Mandat gekommen, weshalb er schleunigst Abhilfe verlangt. Unsere Genossen stimmten gegen diese „Reform“, da nichts dabei herauskommen kann und außerdem schon seit vier Jahren eine Kommission besteht, die über die Änderung des Wahlrechts brütet, ohne zu einem Resultat zu kommen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag auf Vornahme der Wahlen an einem Sonntag wurde vom Genossen Störzen begründet. Alle vorgebrachten guten Gründe und die Hinweise auf Klage-Notbringen, Berlin usw., wo an Sonntagen gewählt wird, nutzten nichts. Der Antrag wurde abgelehnt.

Spielplan der Vereinigten Stadtheater, Lübeck.

Neues Stadttheater. Montag, 27. November: „Far und Zimmermann“. Komische Oper von Vorjüng. Dienstag, 28. November: „Aida“. Große Oper von G. Verdi. Mittwoch, 29. November: „Glaube und Heimat“. Schauspiel von Schönherr. Donnerstag, 30. November: 1. Gastspiel von Sigrig Arnoldson: „Mignon“. Oper von Ambroise Thomas. Freitag, 1. Dezember: „Gawän“. Mysterium von G. Stück. Sonnabend, 2. Dezember: 2. Gastspiel von Sigrig Arnoldson: „La Traviata“. Oper von G. Verdi. Sonntag, 3. Dezember, nachmittags: 3. Volks-Vorstellung: „Meyers“. Schwan von Friedmann-Friedrich. Sonntag, 3. Dezember, abends: Gastspiel Alexander Otto: „Ut de Franzosentid“. Lustspiel nach Fritz Reuter von Wolf.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Dwigl, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der Sannoverschen Malzkaffee-Fabrik, Franz Garvens u. Söhne, bei.

COCOS

Feinste Pflanzen-Butter MARGARINE



Immalin- Putzmittel sind die besten.



Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.



Sprech-Apparate

führe ich jetzt auch ohne automatische Einrichtung und liefere diese unter Fabrikpreis direkt an Private, auch bei wöchentlicher Abzahlung von 1.- Mk. ohne Zinskassenschlag. Meine Sprechmaschinen zeichnen sich ganz besonders durch wundervolle Klangfülle und Reinheit aus und lade ich Neulingen zum Anhören ohne Kaufzwang freundlich ein.

Weihnachts-Aufträge

werden jetzt schon entgegengenommen und die Apparate aufbewahrt.
Ich liefere Sprech-Apparate schon von **Mk. 25** an inkl. 6 der neuesten Polyphon-Musikfräse, ohne Schallplatten für der Preis **Mk. 19.00**.

Polyphon-Schallplatten, 25 cm, doppelseitig, offeriere Stück 2.00 Mk. Bei 10 Stück eine Blatte gratis.
Automaten- und Musik-Haus

Louis Rowedder, Huxstraße 49.
Fernruf 2259.

Bungeföher Speise-Eiweiß ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bange, G. m. b. H.

Aufgabe halber verchied. Muster bedeutend unter Preis für Händler u. Private. Gleg. besetzte Salongarnituren in Buch, Tisch, Sofa und Seidenbezug 100 Mk., 150 u. 165. Prachtvolle Büschgarnituren 85 Mk., Vorkornituren 110 Mk., Divans 65 Mk., Umbauten 75 Mk., Salon- u. Prunkstühle 75 Mk., Vertikals, reich geschmückt 55 Mk., Salon- und Auszugstühle 18 Mk., Gr. Truemeys 35 Mk., Schreibtische, wertvolle Schlafzimmern, Küchen, Garderoben, Lederkühle, Hunderte von Dankschreiben für prachtvolle Lieferungen.
Lager: Bahnhofsstraße 88.



St. Lorenz erbt und ältestes **Motor- und Fahrradhaus.**
Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Friedenstraße 53.
Telefon 2058.
An- und Verkauf von guten getr. Herrenkleidern. Bemerkung: b. Gesch. u. j. jede Schlichtheit.
A. Pohl, Schneider, Martenstr. 44.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

Es wird Zeit!

unsere so beliebten Tip-Top-Bilder zu bestellen, da wir ab 1. Dezember wegen Arbeitsüberhäufung Bestellungen darauf nicht mehr annehmen können.
Atelier Lubeca, Breite Str. 13.
12 Tip-Top-Photographien Mk. 1.00
12 Visit-Top-Photograph. Mk. 3.00
Alle anderen Bilder in mod. und feinsten Ausführung zu billigen Preisen.
Abds. Aufnahme b. elektr. Licht.



Im vorteilhaftesten kaufen Sie **Spielwaren** in meinem Spezialgeschäft. Größte Auswahl bei billigsten Preisen, wie:

Puppen-Charakterpuppen von 15, 30, 50 Pfg. an.
Geselle in Leder, mit Lederstoff v. 25 Pfg. an.
Köpfe in Biskuit, Zelluloid, Holz von 20 Pfg. an.
Schuhe von 10 Pfg. an.
Strümpfe von 5 Pfg. an.

Ernst Brandes, 9 Breite Straße 9
Puppenreparaturen erbitte baldigst.

Der Streit um Marokko

ist für die Hausfrau nicht so wichtig als die Frage, wie die teuren Naturbutterpreise zu vermeiden sind. Einen erstklassigen Ersatz bringen wir in unseren Margarine-Spezialitäten

„Unser Ruhm“
und **„Rowitt“**
sowie der allerfeinsten Pflanzenbutter-Margarine
„Herba“

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit von bester **Meiereibutter** kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich **billiger.**
Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Die rote Flut in Amerika.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Die amerikanische Sozialdemokratie hat ihren mit der epochemachenden Eroberung Milwaukees begonnenen Siegeszug mit den Wahlen vom 3. November kräftig fortgesetzt. Die beiden „großen, alten Parteien“ im Lande teilen sich ziemlich gleichmäßig in Sieg und Niederlagen, und selbst die ausgesprochensten Kapitalistenblätter Newyorks wissen als auszeichnendes Merkmal dieser Wahlen nur das weitere überraschende Anschwellen der sozialistischen Flut anzuführen, den überraschenden Fortschritt einer Bewegung, die sie vor ein paar Jahren noch allesamt ignorierten.

Mehr als bei irgendwelchen früheren Wahlen in den Vereinigten Staaten darf diesmal von einer sozialistischen Stutwelle gesprochen werden, macht sich der Fortschritt der Sozialdemokratie doch jetzt in dem Küstengebiet des Atlantischen Ozeans nicht minder entschieden bemerkbar, wie am Pacifik und in dem „radikalen Westen“, wo der amerikanische Sozialismus zum erstenmal den Beweis erbracht, daß er auch zu siegen versteht. Nach den bisher, wenige Tage nach dem 3. November, immer noch sehr lückenhaft vorliegenden Resultaten haben unsere Parteigenossen diesmal, nur von Ohio abgesehen, gerade im Staate Newyork, der sich bis jetzt fast stets im Hintertreffen befand, am besten abgeschnitten. Vor allem hat die Stadt Newyork selbst eine sozialistische Stimmenzahl aufgebracht, die mit 33 500 sogar das vorjährige Votum für unseren Gouverneurs-Kandidaten Russell, das beste bis dahin von unseren Parteigenossen in der Metropole erzielte, noch um gut 6000 Stimmen übertrifft, eine um so erfreulichere Erscheinung, als bisher ein Stimmenrückgang in einem sogenannten off-year, das heißt, einem Jahr, in dem, wie diesmal nur lokale und einzelstaatliche Wahlen stattfinden, für unvermeidlich galt und bei den bürgerlichen Parteien tatsächlich auch diesmal nicht ausgeblieben ist. Im weiteren Staate Newyork sind die Erfolge indessen noch erfreulicher, als in der Stadt des rechtlosen Ausländerums, in der das korrupte amerikanische Großkapital sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. Einen glorreichen Sieg haben unsere Genossen in Schenectady, einer etwa 75 000 Einwohner zählenden mächtig aufblühenden Industriestadt, errungen: Sie führten nicht nur ihren Bürgermeister-Kandidaten, den früheren holländisch-reformierten Pastor Dr. Lunn, zum Siege, sondern gaben ihm auch einen sozialistischen Stadtrat und einen sozialistischen Beamtenstab zur Seite, und Genosse Merrill von Schenectady zieht als erster Sozialist in das Newyorker Staatsparlament ein! Der neue rote Bürgermeister Lunn wurde vor einigen Jahren aus dem Pfarramt hinausgedrängt und gründete dann ein sozialistisches Lokalblatt: „The Citizen“ („Der Bürger“). Er bekannte sich als einen „gewöhnlichen Sozialisten“, im Gegensatz zu der Spezies der „christlichen Sozialisten“ und der in Amerika nicht minder verbreiteten Sorte der Salon-Sozialisten, und seine Wähler sind in ihrer Masse klassenbewußte Arbeiter, hauptsächlich organisierte Metallarbeiter und Elektriker. — Auch in fast allen anderen Orten des Staates Newyork ist die sozialistische Stimmenzahl überraschend emporgeschwollen, besonders aber in Buffalo, (in nur einem Jahre von 2515 auf 4400) und Auburn (in demselben Zeitraum von 320 auf 1455).

Der Newyorker Industriestadt stellt sich das pennsylvanische New Castle, bisher eine Domäne des Stahltrusts nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, am würdigsten zur Seite: Dort wurde der sozialistische Eisenbahnbremsen-Tyler zum Bürgermeister erwählt, und auch alle anderen gewählten Verwaltungsbeamten, wie die meisten neuen Stadträte sind, wie es scheint, Sozialisten. Die gewählten Genossen sind durchweg organisierte Handarbeiter, und der Wahlkampf wurde als nackter Klassenkampf geführt. Bekanntlich ist die sozialistische „Free Press“ in New Castle seit Jahren Gegenstand wütender Verfolgungen durch den Stahltrust und seine Justizströche. Das starke Wachstum der sozialistischen Stimmen ist übrigens im pennsylvanischen Industrieregion anscheinend allgemein, und vielerorts wurden sozialistische Beamte und Stadträte erwählt.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten hat sich der Staat Ohio am 3. November nicht weniger als sechs rote Bürgermeister zugelegt, und zumal in allen größeren Städten dieses Staates ist der Stimmenzuwachs gewaltig. — Der „nordamerikanische“ Sozialismus marschiert!

Zur Tabakarbeiterausperrung.

Aber die Berechtigung der Tabakarbeiterforderungen kann es unter sozialpolitisch verständigen Leuten keinen Zweifel geben. Wohl in nur wenigen Industrien zeigt sich die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so rücksichtslos und kraß wie in der Tabakindustrie, speziell in der deutschen Zigarrenfabrikation. Abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen existieren in ihr lange Arbeitszeiten und farge Löhne. Ein kaum zu beschreibendes Elend herrscht unter den in dieser Branche beschäftigten Arbeitern. Viele Kranke und frühzeitig Sieche sind unter den Tabakarbeitern zu finden; die Tuberkulose in jeder Gestalt ist unter ihnen weit verbreitet. Angefichts dieser Tatsache wird es jeder sozial denkende und fühlende nur mit Freuden begrüßen müssen, wenn diese Arbeiterklasse, deren Leiden eine große gesundheitliche Gefahr für die übrige Menschheit bildet, sich anseht, ihre gewerkschaftliche Organisation auszubauen, um, gestützt auf diese, zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage zu gelangen. Und um dieses Streben zu vereiteln bringen die Zigarrenindustriellen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Anwendung. Die Profitmacherei kommt in Gefahr, und daher greifen sie mit brutaler Gewalt ein, um die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören oder doch auf Jahre hinaus lahmzulegen. Besonders sind es die westfälischen Zigarrenfabrikanten, die durch die jetzt verfügte Aussperrung dieses Ziel erreichen wollen.

In Westfalen, dem Lande Kanaan der Zigarrenindustriellen, wo für sie Milch und Honig fließt, werden jammervolle Löhne gezahlt. Nach den Jahresberichten der Mindener Handelskammer sind die Löhne nicht allein schlecht, sondern sie zeigen sogar für die Mehrheit der Tabakarbeiter in Westfalen eine sinkende Tendenz, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als in der gleichen Zeit, in der die Löhne sinken, die Preise der notwendigen Lebensmittel horrend gestiegen sind. Nach diesen Handelskammerberichten betragen die täglichen Durchschnittslöhne der versicherungspflichtigen Arbeiter:

Im Kreise	1907:	1910:
Lübbecke:	für 2295 Arb. 1,94 Mk.;	für 2278 Arb. 1,75 Mk.
Serford:	8933 „ 2,18 „	7511 „ 2,17 „
Minden:	2129 „ 2,33 „	1768 „ 2,37 „

Die Mehrheit dieser Tabakarbeiter hat also mit sinkenden Löhnen zu rechnen, denn der Durchschnittslohn ist darnach von 2,16 Mk. im Jahre 1907 auf beinahe 2,11 Mk. im Jahre 1910 gesunken. Genau dasselbe Bild zeigt sich in

den Zigarrenbetrieben im Fürstentum Lippe-Deimold und Waldeck, und in allen heimindustriellen Betrieben, die im Industriegebiet weit verbreitet sind. Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes sind es, mit denen die westfälischen Tabakarbeiter abgepeist werden. Und jede Forderung der Tabakarbeiter, um zu auskömmlichen Löhnen zu gelangen, wird brutal unterdrückt. Darf dies gelingen? Sollen die westfälischen Tabakarbeiter unterliegen, soll ihre mühselig und unter großen Opfern aufgebaute Organisation zertrümmert werden? Wir sagen nein!

Die ausgeperrten und ausständigen Tabakarbeiter im westfälischen Industriegebiet in Hamburg-Altona und in Bremen und Umgebung kämpfen um ihre Existenz und werden in diesem aufgezogenen Kampfe ausbarren, bis ihnen ihr Recht wird. Alle Arbeiter Deutschlands werden sich verpflichtet fühlen, die kämpfenden Tabakarbeiter zu unterstützen, damit der Kampf für sie zum siegreichen Ende führt.

Gewerkschaftsbewegung.

Allgemeiner Streik in der Berliner Damenkonfektion. Die Zwischenmeister, Arbeitnehmer und Heimarbeiterrinnen der Berliner Damenkonfektion haben am Mittwoch in einer gemeinsamen, überfüllten Versammlung einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen. Sie fordern von den Konfektionären den Abschluß eines Tarifvertrages und haben hierzu eine Vorlage ausgearbeitet, in der sowohl die Preise, die der Konfektionär zu zahlen hat, wie die, die die Heimarbeiterrinnen erhalten sollen, für die einzelnen Stücke festgelegt sind und in der ebenso die Regelung der Bezahlung für die Extrararbeiten vorgesehen ist. Aber die Konfektionäre und ihre Organisation, der „Verband der Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten“, erklärten die tarifliche Regelung in der Damenkonfektion für technisch unmöglich; sie wollen, wie in einem Schreiben des Verbandes, datiert vom 19. November, ausgeführt wird, bereit sein, „in bindender Form“ die Löhne in der Heimarbeit aufzubessern, „wenn und soweit es nötig ist“, lehnten aber jegliche Verhandlung über einen Tarif ab. Die Meister wie die gesamte Arbeiterschaft der Damenkonfektion sind der Überzeugung, daß eine wirkliche und dauernde Aufbesserung der Löhne in bindender Form eben nur auf dem Wege des Tarifs zu erreichen ist und sehen in dem Angebot der Konfektionäre nichts anderes als einen Versuch, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Auch in der Damenkonfektion ist ein Tarif möglich, denn in den anderen Branchen des Schneidergewerbes und selbst in der Damenkonfektionsbranche bestehen Tarife, die meist schon seit Jahren durchgeführt sind. Die vereinigten Kommissionen der Zwischenmeister, die im Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe organisiert sind und des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen sowie des Gewerkschafts der Heimarbeiterrinnen hatten zunächst vorgeschlagen, nur die Anfertigung der Muster zu verweigern, aber die Versammlung ging darüber hinaus und beschloß, alle Arbeit in der Damenkonfektion (die übrigens mit der Blusenkonfektion nicht zu verwechseln ist) niederzulegen. Auch die sogenannte Musterkonfektion, sowie die Ateliers der Damenkonfektion sind von dem Streik betroffen. Den Konfektionären ist mitgeteilt, daß man auf Arbeitnehmerseite nach wie vor bereit ist, auf der Grundlage des Tarifentwurfs zu verhandeln. Wieviele Personen am Streik beteiligt sind, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Allerdings gibt der Bericht der Handelskammer die Zahl der in der Damenkonfektion Berlin beschäftigten Personen auf 52 000 an. Diese Zahl kann jedoch nicht als maßgebend angesehen werden. Es ist in Betracht zu ziehen, daß gegenwärtig die stille Zeit ist und hauptsächlich nur die Leute gebraucht werden, die die Muster anfertigen.

Mühlensarbeiterstreik. In der Hafenmühle, Inhabet Gebr. Sildebrand in Magdeburg, haben 85 Personen die

Seehären.

Erzählung von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Nach all diesem unverdienten Lob und der unerwarteten Mitteilung blieb mir nichts weiter übrig, als mit dem Kapitän zusammen ins Haus zu gehen. Im Flur harpunterte der kleine Mann eines meiner Knopflöcher und hielt mich fest.

„Hier unten! Drei Zimmer und Küche,“ erklärte er wohlwollend. „Was ich eigentlich mit 'ner Küch' soll, mag der Deumel wissen. Der Hauswirt behauptet, daß die Wohnung für den Preis rein geschenkt ist, und denn muß ich's wohl glauben. Warum soll' er mir was vorlügen, wir haben ja zettelweis keine Geschäfte miteinander gehabt. Hören Sie, haben Sie Lust, sich meine Kabüse ein's anzusehn?“ Und ohne meine Antwort abzuwarten, zog mich der Kapitän vor eine Tür mit großem Messingschild, von dem mir der Name Emanuel Strand entgegen glänzte. Das Schild sah indes bedenklich schief und machte den Eindruck, als wäre es nur so aufs Geratewohl an die Tür geworfen. „Ach so, das ist wahr,“ meinte er und rieb sich nachdenklich die Nase, „es steht heidnisch bei mir aus. Mein ganzer Kram steht noch unaufgepackt. Hören Sie, ich glaub', wir warten noch 'n bißchen; einer kann sich doch eigentlich keinen Besuch einladen, wenn's noch wie im Schmelzfall bei einem aussieht. Abgesehen — Sie mögen doch Grog?“ Na, natürlich doch. Alle vernünftigen Leute trinken abends ihren Grog. Wir wollen uns bald ein's 'n paar steife brauen, ich purr wieder an.“

„Besten Dank und guten Abend, Herr Kapitän! Es war mir außerordentlich angenehm.“

„Machen Sie nicht so viel Nebensarten, ich frag' nichts nach solchen Finessamenten. Nu will ich in meine Kofe friehen und auf beiden Ohren schlafen. Adieu, mein Jung.“ Er drückte mir die Hand, nickte mir zu und verschwand hinter seiner Tür.

Wenn ich mich recht erinnere, ist dies ein sowohl ausführliches wie wahrheitsgetreues Referat über mein erstes Zusammentreffen mit Kapitän Emanuel Strand. Mir taten die Finger weh von seinem Handdruck, und ich stieg mit einem halb wehmütigen, halb überlegenen Lächeln die Treppe hinauf. Meine Auffassung von dem alten Seemann stand fest, er war ein großes Kind.

Als ich mit meinen Angehörigen beim Abendbrot saß, brachte ich die Rede auf die neuen Mietsgäste. Man mag noch so wenig neugierig sein, die Veränderungen, die jeden 1. Oktober in den modernen Steinkolossen eintreffen, die unter der Bezeichnung Wohnhäuser in unfern Straßen aufgereiht stehen, rufen doch bisweilen unser Erstaunen und unser Interesse wach. Man ist täglich denselben Leuten auf den Treppen begegnet, man fängt damit an, sie sich näher anzusehn, fährt damit fort, sie zu grüßen und hört damit auf, ein paar Worte mit ihnen zu wechseln. Und gerade wenn man dabei ist, eine Bekanntschaft anzuknüpfen, verschwindet plötzlich der Betreffende, für den man eine Art Anhänglichkeit fühlt, und man begegnet lauter neuen Gesichtern.

Es liegt etwas Eigentümliches darin, daß Menschen jahrelang dicht über, unter oder neben uns leben, ohne daß wir das geringste von ihnen wissen. Den einen Tag erscheint ganz unerwartet ein Kinder mädchen mit einem Baby auf dem Arm, ein neuer Weltbürger hat seinen Einzug in Räume gehalten, die nur ein dünner Boden von meinen trennt, und ich habe keine Ahnung von dem neuen Leben gehabt, das so unmittelbar in meiner Nähe erwacht ist. An einem andern Tag finde ich beim Nachhausekommen das Trottoir mit Fichtenreisern bestreut, ein Nebenmensch, dem ich und zwanzig andere hundertmal begegnet sind, hat ausgetreten, und wir wußten nichts davon, obgleich wir alle unter demselben Dach lebten.

Mit einem Butterbrot in der Rechten und der Abendzeitung in der Linken stellte ich diese Betrachtungen über das Problem der Gleichgültigkeit an, und es war während einer Pause in meinen Gedanken, daß ich meine Frage wegen der neuen Mietsgäste vordrachte.

Ich erhielt augenblicklich die gewünschte Auskunft. Wo weibliche Personen in der Familie sind, braucht man nicht bange zu sein, in Unkenntnis zu bleiben. Also: die Wohnung unter uns hatte ein höherer Beamter mit einer großen Familie bezogen und im Warten sollte ein gewesener Schiffskapitän wohnen. Der Beamte war offenbar ein wirklich feiner Mann; wenigstens fünf Personen hatten es gehört, wie er zu seinen Kindern gesagt, daß sie nicht mit den andern Rängen spielen sollten, aber der Schiffskapitän schien ein ungebildeter Patron zu sein. Wie unser Dienstmädchen behauptete — und in diesen und ähnlichen Fragen gelten alle Dienstmädchen als Autoritäten — hatte er sie unten im Flur umarmen wollen, und sie hatte den gräßlichen alten Kerl doch nicht mal angesehen. Hernach war der rote Kerl in Streit mit den Dienstreuten geraten, die ihm seine Mobilien nach der neuen Wohnung besorgt hatten — und unser

Dienstmädchen kannte doch einen guten Freund von dem einen und mußte, daß es solch ordentlicher Mensch war — und schließlich war er sogar handgreiflich geworden. Die Heimgeschichte im Hinterhaus hatte das erzählt und un-mwahrscheinlich klang es keineswegs. Nach der Schlacht gab der Kapitän jedem der Träger eine Krone mehr, als sie verlangten, und erklärte dabei energisch — immer noch nach Aussage unseres Dienstmädchens — daß er keine Auffälligkeit bulde. Er wollte den Landkrabben schon Ordnung und Disziplin beibringen.

Das war es, was ich schon am ersten Abend über Kapitän Strand erfuhr, und das war ja gerade nicht wenig.

Am folgenden Tage traf ich den Kapitän zwar nicht, aber ich erfuhr — natürlich auf Umwegen — daß er seinen Vormittag in einer für Stockholmer Verhältnisse sehr ungewöhnlichen Art verbracht hatte. Er war beim Krämer und beim Fettwarenhändler gewesen, hatte weit und breit von seinen Reisen erzählt, dazu geraucht und gestucht, und war mit allen, vom Prinzipal bis zum Lauffungen, gut Freund geworden. Die jungen Leute buzte er augenblicklich, mit den älteren machte er stehenden Fußes Brüderchaft. Nachdem er sich auf diesen beiden Stellen satt geredet, suchte er den Zigarrenladen schräg gegenüber heim. Er lud den Besitzer auf ein Glas Bier ein, lehrte im Lager das Unterste zu oberst, um eine ordentliche Sorte Tabak ausfindig zu machen, und küßte das Ladenfräulein auf die Wacke, „denn Du bist wirklich allzu appetitlich, kleine Dirn.“

Auf diese Weise verstauchte sich Kapitän Strand das, was er Landkennung nannte.

Nachdem er so außer Hause alles wohl ausgerichtet, was, wie er mich späterhin verstehen ließ, nach seiner Ansicht an Land zum guten Ton gehörte, verschwand er eine Weile in seiner Wohnung. Aber bald darauf erschien er wieder, und zwar angetan mit seiner besten Foppe, seinem feinstem Hut, frisch gepugnten Schuhen und einer großen Pfeife mit silbernem Deckel. Zwischen 12 und 3 Uhr klingelte er gewissenhaft an jeder Tür im ganzen Hause, trat, sobald aufgemacht wurde, ungebeten über die Schwelle, stellte sich vor, schüttelte allen die Hand, auch den Dienstmädchen — „die sind doch auch Menschen“ — freichelte den kleineren Kindern übers Haar und egamierte die halbwüchsigen Jungen über ihre Fertigkeit in „dumm Zeug machen“ — das müssen alle Junge verstehen, sonst sind sie überhaupt keine Junge“ — und nahm durch seine halbsprechenden Lebenswürdigkeiten und seine galante Weise alle jungen und älteren Damen im Sturm.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeit niedergelegt. Stehen geblieben sind noch nicht ein halbes Dutzend. Die Arbeiter dieses Betriebes verlangen höhere Löhne. Die Betriebsleitung, die schon Jugendsünden gemacht hatte, zog einen erheblichen Teil dieser Jugendsünden wieder zurück. Nebenbei sträubt sie sich auch die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Das konnten sich die Arbeiter nicht bieten lassen und legten deshalb die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

Ein festerer Freispruch. In Neuhaubenleben hatte sich ein Arbeiter, dessen Vorleben in gewerkschaftlicher Beziehung nicht einwandfrei ist, zur Aufnahme in den Fabrikarbeiterverband gemeldet. Der Vorsitzende der Zahlstelle trat in einer Mitgliederversammlung der Aufnahme entgegen mit der Begründung, daß der sich Meldende Streikbruch begangen habe, auch nach früheren Erfahrungen, die die Verbände mit ihm machten, nicht zur Aufnahme zu empfehlen sei. Auch die Bezeichnung Streikbrecher war dem Vorsitzenden entfallen. Diese Äußerungen des Vorsitzenden wurden dem Aufnahmereisenden mitgeteilt, der nun, da die Aufnahme abgelehnt wurde, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung stellte. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten, da er den Wahrheitsbeweis antreten konnte und in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hatte. Die Äußerung habe er nicht öffentlich, sondern in einer geschlossenen Mitgliederversammlung getan.

Die Metallarbeiter-Ausperrung. Die zum 30. November angekündigte Ausperrung von 60 Proz. der Berliner Metallarbeiter greift auch auf die Provinz über. Die Lokomotivfabrik von Drenthorn u. Koppel in Dremlich bei Potsdam hat in ihrem Betrieb ebenfalls den Ausperrungsakt angehängt. Die Arbeiterschaft beantwortete diese Maßnahme zunächst mit der Verweigerung jeglicher Überstunden bis zum Ausperrungstermin. Da der Firma augenscheinlich das Ausperrungsgebot nicht angenehm ist, so versuchte sie die eiligen Arbeiten noch schnellstens fertig zu stellen. — Am 23. d. M. nahm die Arbeiterschaft in einer von 1400 Personen besuchten Versammlung zu der Angelegenheit Stellung. Es wurde beschlossen, daß 1. vom 24. d. M. an keine Überstunden gearbeitet werden, 2. die Arbeitszeit in den bisherigen, durch die Arbeitsordnung festgesetzten Normen bestehen bleibt, 3. daß jetzt nicht in Doppelschichten gearbeitet wird, 4. daß einzelne Abteilungen nicht durch Hinzuziehen von Arbeitern aus anderen Abteilungen verstärkt werden. — Die Arbeiterschaft ist gewillt, in der bisher im Betrieb üblichen Weise ihre Arbeitstätigkeit auszuüben.

Nationalliberale Steuerung.

Die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ fühlt sich verpflichtet, als führendes Organ des Nationalmiserabilismus Wasser und Wein wieder einmal etwas zur Steuerung zu sagen. Sie tut es unter der vertrauensvollen Überschrift „Nur noch Steuerung“. Sie löst dabei in diesem Artikel — er ist in Nummer 1248, morgens, erschienen — die bis jetzt immer noch schwierige Frage: wie vertrete ich zwei grundverschiedene Meinungen zugleich?

Solche Leistungen müssen der Nachwelt erhalten bleiben. Wir zitieren deswegen in nachfolgendem eine Reihe Sätze aus dem dreisätzigen Leitartikel, und zwar in der Art, daß wir eine Hälfte jedes Satzes links, und die andere rechts bringen. Es ergibt sich so das folgende schöne Resultat:

Von einer wirklichen Gefährdung unserer Volksernährung kann keine Rede sein.

Gewiß sind die Preise fast sämtlicher Lebensmittel, und auch anderer Bedarfsartikel in beständiger Steigerung begriffen;

Niemand verlangt von der Regierung, daß sie sich auf Risiken und Experimente einläßt,

aber ein wenig Entschlossenheit ist die genügende (Fleisch-)ernährung des Volkes schon wert.

Eine weitere Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh mag keine Bedenken haben, eine Einfuhr von frischem Fleisch hat, in der Regel keine wesentliche Verschlimmerung des Fleisches zur Folge, in beiden geben wir dem Reichsfanzler recht.

Den (guten Willen der Regierung) hat man aber auch bei der Erörterung der Maßnahmen vermisst, die zur Linderung der wirklichen Steuerung nötig waren. Obgleich die letzten Wochen viel gebessert haben, sind die Preise für Kartoffeln, Gemüse, Obst, Milch, Eier, Butter besonders hoch.

Die Verteuerung der Milch, der Butter, der Eier ist unmittelbar auf die große Dürre des Sommers zurückzuführen, und kein Staatsmann, kein noch so fanatischer Parteipolitiker kann Mittel erfinden, diese Dinge billiger zu machen.

gerade die Gemüse, die für die Versorgung der Leute (!) in Betracht kommen — z. B. trockene Bohnen, trockene Erbsen, Rotkohl und Weißkohl, Wirsing — tragen Bölle, während die Zugugemüse oder Gemüse, die für unsere jetzige Jahreszeit nicht in Betracht kommen, allerdings vollfrei herankommen können. — auch daraus hätte man den Schluß ziehen können, daß für die Linderung der Steuerung wohl etwas geschehen konnte, ohne an den Mauern des Systems zu rütteln.

Ob eine Befreiung der Gemüse Bölle nicht zu einer wesentlichen Verschlimmerung dieser Nahrungsmittel beitragen könnte, ist schwer zu sagen.

gerade die Gemüse, die für die Versorgung der Leute (!) in Betracht kommen — z. B. trockene Bohnen, trockene Erbsen, Rotkohl und Weißkohl, Wirsing — tragen Bölle, während die Zugugemüse oder Gemüse, die für unsere jetzige Jahreszeit nicht in Betracht kommen, allerdings vollfrei herankommen können. — auch daraus hätte man den Schluß ziehen können, daß für die Linderung der Steuerung wohl etwas geschehen konnte, ohne an den Mauern des Systems zu rütteln.

Fast man bei dem vorstehenden Artikel der Kölnischen Zeitung immer erst einen Satz in der linken Spalte, und dann einen in der rechten, so ergibt sich die ganze Arbeit in ihrer nationalliberalen Gestalt wie sie ja auch wirklich gemeint und geschrieben ist. Wird nur die linke Spalte gelesen, so hat man ein leblich üblicher Artikel heraus, wie er alle Tage in den konservativen Blättern zu finden ist, wird nur die rechte Spalte gelesen, so findet man die „echte Opposition“ der Männer der Königschronen, wie sie ebenfalls alle Tage in politischen Blättern nachgelesen werden kann. Beides in einem Artikel nebeneinander ist die nationalliberale Stellung über die Steuerung!

Kommunales.

Gemeindevorwahlen. In Tangermünde steuten bei der Stadtverordnetenwahl 2 Genossen. — In Penitz eroberten unsere Genossen sämtliche Sitze, während in Bayreuth 7 Sozialdemokraten gewählt wurden. Insgesamt liegt im Bayreuther Gemeindevorwahlen 10 Sozialdemokraten.

Aus dem Gerichtssaal.

Diebstahl oder Beschlagnahme? Bei dem Arbeiter G. Menhaus, Altenessen, war eine Hausdurchsuchung veranstaltet und eine große Anzahl von Gegenständen beschlagnahmt worden. Später, als diese wieder herausgegeben wurden, stellte es sich heraus, daß Kleidungsstücke, Kleiderstoffe und andere Gegenstände im Werte von über 150 Mk. fehlten. Alle Anzeigen des Menhaus gegen den Kriminalbeamten Czichy, der die Sachen auf dem Polizeirevier in Eilen in Verwahrung hatte, blieben erfolglos. Schon hatte Menhaus es aufgegeben, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, als seine Frau eines Tages bei einer Schneiderin, wo sie sich ein Kleid machen lassen wollte, einen Teil der vermischten Kleiderstoffe wieder fand! Und zwar hatte die Schneiderin des Kriminalbeamten Czichy für sich ein Kleid in Auftrag gegeben und dazu den fraglichen Kleiderstoff gebraucht! Vor Gericht gab die Frau an, sie habe sich beschlagnahmten Sachen angeeignet. Das Gericht verurteilte die Frau wegen Diebstahls zu drei Tagen Gefängnis unter Bewilligung von Strafausschub. Eine sehr eigenartige Sache!

Was verbannt das Volk den bürgerlichen Parteien?

Die Steigerung der Meeres- und Flottenlasten.

Das Anwachsen der Reichsschulden.

Das Wachstum der Kriegsgefahr.

Die Getreidezölle und den Wuchertarif mit ihren Folgen, die Hungernot.

Die Verteuerung des Bieres.

Die Verteuerung des Branntweins und des Tabaks.

Den Fortbestand der Schnapssteuern.

Die Zigarettensteuer.

Die Verteuerung des Ortsportos.

Die Fahrkartensteuer und viele ähnliche „Wohltaten“.

Man merke sich diese Liste!

Aus Nah und Fern.

Über die Benutzung von Schwämmen in Barbierläden hat das Kammergericht in Braunschweig eine Entscheidung gefällt, die weitere Kreise interessieren dürfte. Eine Regierungs-Vollzeiverordnung vom 25. Mai 1903 verbietet allgemein die Benutzung von Schwämmen in Barbierläden. Dagegen sollte sich ein Herr Klages, der Inhaber eines Barbier- und Friseurgeschäfts in Dortmund, vergangen haben, indem er es duldete, daß seine Abonnenten mit ihren eigenen Schwämmen sich nach dem Rasieren den Seifenschäum vom Gesicht wuschen. Die Schwämme hob er in einer Schublade jenen Barbiergästen auf. Das Landgericht in Dortmund als Berufungsinstanz verurteilte ihn auf Grund der Verordnung zu einer Geldstrafe, indem es die Verordnung für rechtsgültig erachtete, da sie im gesundheitlichen Interesse ergangen sei und § 66 des Vollzeiverordnungsgesetzes zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften auch den Einsatz von Leben und Gesundheit rechne. Gleichgültig wäre es, daß die Schwämme den Kunden und nicht ihm gehörten und daß die Kunden selber die Waichung vornahmen. Das Kammergericht verwarf ebenfalls die Revision, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Das Gesetz vom 28. August 1905, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, habe allerdings im § 37 alle bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten auf, und dazu gehörten auch die durch Vollzeiverordnung erlassenen. Danach würde auch die hier angezogene Vorschrift der Regierungs-Vollzeiverordnung unzulässig sein, wenn ihr Zweck nur der sein würde, die Übertragung ansteckender Krankheiten zu verhindern. Das sei aber nicht der Fall. Die Vorschrift solle überhaupt der Verschlimmerung und Erzeugung von Krankheiten vorbeugen. In Schwämmen könne sich leicht Schmutz irgend welcher Art festsetzen, der dann in Hautwunden beim Waschen nach dem Rasieren eindringe und sehr leicht Entzündungen hervorrufen und verschlimmern sowie Krankheiten erzeugen könne, ohne daß es sich um die Übertragung einer ansteckenden Krankheit handele. Die Vorschrift sei somit gültig und in diesem Falle auch richtig angewandt worden.

Wilhelm Jensen, der bedeutende Romandichter, ist gestern in einer Kuranstalt bei München im Alter von 74 Jahren gestorben.

Wahnsinnstakt einer Mutter. Im Wiener Bezirk Margarethen hat gestern die dreißigjährige Jahre alte Gattin Josephine des Kürschnergehilfen Wdlinki in einem Unfall von Wahnsinn ihren beiden Kindern, dem fünfjährigen Johann und der dreijährigen Hedwig, mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Die Frau rötete sich darauf selbst auf die gleiche Weise. Als der Gatte nach Hause zurückkehrte, fand er alle drei Personen als Leichen vor. Die Frau zeigte in letzter Zeit tiefe Schwermut.

Der Oberriedrichter. Am Rhein soll ein riesiges Bismarckdenkmal aufgestellt werden. Schon zweimal hat das aus Künstlern zusammengesetzte Schiedsgericht eine Entscheidung gefällt, aber sie wird beständig angegriffen. Nun kündet

die Zeitungs-„Berliner Tageblatt“ an, daß ja schließlich doch ein Einzigiger die Entscheidung treffen werde. Na, wozu denn dann erst eine Künstlerjury?

Die französische Eisenbahn-Katastrophe. Die Direktoren der Staatsbahnen erklärt, das Unglück an der Thonbrücke bei Saumur sei auf die Senkung eines einzigen Wehlers unter dem Druck des Hochwassers zurückzuführen. Die sich im Augenblick der Überfahrt des Zuges ereignete Ansehens sind 22 Personen verunglückt. Sieben Eisenbahnbeamte sind verwundet.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich gestern in einer Maschinenfabrik in Liverpool. Die Leute waren gerade um 11 Uhr an die Arbeit zurückgekehrt, als die Explosion, wahrscheinlich durch Selbstzündung, in einem Räume erfolgte, in dem 300 bis 400 Leute beschäftigt waren. Die Zahl der Toten ganz genau festzustellen ist unmöglich, da eine Anzahl Leichen noch unter den Trümmern liegt. Von den 115 Verletzten mußten 77 im Hospital verbleiben, wobei ihre Verletzungen ernster Art sind. Obwohl die Feuerwehler sofort mit allen verfügbaren Spritzen am Platze war, wurde das Feuer erst gegen 5 Uhr nachmittags gelöscht. Eine große Menge Eisenzeug, Maschinen und Holzbalken, die eine ununterschiedbare Masse bilden, sind fortgeräumt worden, bevor die Zahl der Toten endgültig festgestellt werden kann. — Bei der Explosion ereigneten sich schreckliche Szenen. — Die Leiber der Opfer wurden nach allen Richtungen geschleudert. Man sah viele Personen mit angstverzerrten Gesichtern an den brennenden Fenstern umherlaufen mit brennenden Kleidern und Haaren, verzweifelte Hilferufe ausstößend. Sogar in den unmittelbaren Straßenzügen sind Personen durch umhergeschleuderte Steine und Gesteine getötet und verwundet worden. So fiel ein riesiges Eisenkreuz aus der Luft auf einen Kollwagen in einer Straße, dabei den Kutscher vollständig zerschmetternd. Sofort nach der Explosion fing die Mühle Feuer. Die Flamme schloß bis zum Dach hinauf, das weggeschleudert wurde. Ein Hagel von Steinen und Dachziegeln mischte sich mit den menschlichen Überresten. Ärzte, Pflegerinnen und andere Personen eilten sofort zur Hilfe herbei. 9 Personen sollten getötet sein.

Fremde Aufrührer. Aus Paris wird berichtet: Der Languido bei Lorient drang in der Nacht zum Donnerstag eine Volkmenge in das Haus des Landwirtes Legoff ein, der fürzlich das von Staats wegen verkaufter Kirchengut ankaufte, und richtete Verwüstungen an. Legoff feuerte Revolvergeschosse ab. Die Demonstranten zogen vor das Haus des Obmannes der republikanischen Vereinigung, Bouedec, und schlugen die Fenster ein. Bouedec verlor die Menge ebenfalls durch Revolvergeschosse. Die Gendarmerie verhaftete zwei Aufrührer, die dem Landadel angehören.

Aus Versehen ins Gesicht geschlagen. Das Kriegsgesicht in Landau verurteilte vor einigen Tagen den Hauptmann Hans Vogenberger vom zweiten Fußartillerieregiment in Gernersheim wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu zwei Tagen Studienarrest. Wie man untereinstweilen Parteiblatte mitteilt, fand die Verhandlung „wegen Gefährdung militärischer Interessen“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Hauptmann Vogenberger hatte am 1. April oder Anfang Mai im Lager Seefeld während einer Übung den in tiefer Stellung befindlichen Einjährig-Linbacher, den er fortritten wollte, in erregtem Tone angeschrien und ihm dabei „aus Versehen“ den Handhieb ins Gesicht geschlagen. In dem Handschuh scheint aber noch die Hand gesteckt zu haben, denn der Einjährige hat nach seiner Behauptung einen festen Schlag verurteilt, der ihm Schmerzen verursachte. Für diese Rohheit erhielt der Herr Hauptmann also ganze zwei Tage Studienarrest. Was würde der Soldat wohl bekommen haben, wenn ihm „aus Versehen“ der Handschuh entglitten wäre?

Wiratennutzen in China. Wie ein Telegramm aus Hongkong meldet, machen sich auf dem Ostsee wieder Wiraten in besorgniserregender Weise bemerkbar. Am Donnerstag erstiegen sie oberhalb von Kongmun den britischen Dampfer „Shimon“, töteten den ersten Offizier, verstümmelten zwei chinesische Passagiere und entflohen mit den Wiratenschiffen. Der Kapitän erschoß zwei Wiraten. Auch einen chinesischen Dampfer beraubten die Wiraten um 190 000 Dollar. Zwei britische Dampfer sind den Ostsee aufwärts gefahren, um dort zu patrouillieren. Die britischen Flußdampfschiffahrts-Gesellschaften haben beschlossen, den Dienst sofort einzustellen, und bei der Regierung energische Vorstellungen erhoben.

Untergang eines japanischen Torpedoboots. Das japanische Torpedobootsjäger „Harushima“ ist auf der Höhe von China im Sturme untergegangen. 45 Mann der Besatzung sind ums Leben gekommen.

Untergang eines italienischen Dampfers. Der italienische Dampfer „Romagna“ ist bei Rovigno infolge eines Sturmes gesunken. Von 70 an Bord befindlichen Personen sind 60 ertrunken. Die Katastrophe geschah um 3 1/2 Uhr nachts ereignete. Sie soll weniger Folge des Sturmes, als vielmehr dadurch herbeigeführt worden sein, daß die Reisladung sich auf ein Seite des Schiffes verschoben hatte, was das Schiff zum Kentern brachte. Die Matrosen arbeiteten unermüdet, um das Gleichgewicht des Schiffes wiederherzustellen, doch neigte sich der Dampfer nach zwei Stunden schließlich derart, daß das Wasser durch den Schlot in den Schiffskörper eindrang. Bald darauf erfolgte die Beleuchtung an Bord. Die nachfolgenden furchtbaren Panikszenen spielten sich in tiefer Finsternis ab. 6 Personen konnten sich im Rettungsboot bergen und kamen nach übermenschlichen Bemühungen in die Nähe des Hafens Rovigno, wo sie durch den Dampfer „Tirol“ gerettet wurden.

Zu russischer Gefangenenschaft. Der ostpreussische Verein für Luftschiffahrt gibt folgendes bekannt: Der am Sonntag mittig in Tilsit mit vier Insassen aufgestiegene Ballon „Oskreuzen“ ist Sonntag nachmittag im Kreis Windau (Kurland) gelandet. Die Insassen sind noch nicht in die Heimat zurückgekehrt. Sie waren mit ordnungsmäßigen Pässen versehen, wurden aber trotzdem an der Bahnstation festgehalten, vermutlich weil ein Mitfahrer einen photographischen Apparat mitgenommen hatte. Die Luftschiffer mußten zum Verhör nach Windau fahren, wo sie sich jetzt noch im Hotel befinden. Die Akten sollen an das Kriegsministerium in Petersburg gesandt worden sein, infolgedessen hat das Auswärtige Amt in Berlin, die Deutsche Botschaft in Petersburg und der deutsche Generalkonsul in Riga gebeten worden, für die sofortige Freilassung der Luftschiffer und die Freigabe der Ballons einzutreten. — Unser russischer „Erbfeind“ leistet sich gegenüber harmlosen deutschen Luftschiffern des öfteren derartige Scherze. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der russischen Behörden in diesem Falle direkt gegen die Satzungen des Wiener Vertrags verstößt. Was wird Herr v. Ribbentrop-Wacht dagegen tun? Nichts!

Lastdielarbeiter!

**Oeffentliche
Versammlungen**
am Dienstag, 28. Nov.
abends 6 1/4 Uhr
(nach Schluß der Arbeitszeit)
für sämtliche
Stockelsdorf
und Umgegend wohnenden, auf
der Lastadie beschäftigten Arbeiter
im Lokale des Hrn. Paetau
in Fackenburg,
abends 8 3/4 Uhr
für die
in der Stadt u. d. Vorstädten
wohnenden Lastdielarbeiter
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
(Großer Saal.)
Tagesordnung:
**Hohe Lebensmittelpreise
— niedrige Löhne.**
Referent: J. Stelling.
Sämtliche Kollegen müssen in diesen
wichtigen Versammlungen erscheinen.
Der Einberufer.

**Großes Verlegen
und Auspielen**
von
fetten Gänsen, Hasen und
Karpfen
am Sonntag, 26. November.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Dose, Stockelsdorf.

Restaurant Waisenhof
Fackenburg Allee 56.
Großes Auspielen
von fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Donnerstag, 30. Nov. 1911.
Anfang 10 Uhr vorm. Einlaß 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
Gustav Gipp.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
Kalt und warme Speisen zu jeder
Tageszeit.
E. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr,
65 Pfg.

Vorträge der Oberschulbehörde.

Die weiteren Vorträge des Herrn
Seminar Direktors Dr. Möbusz
finden nicht Montags, sondern Frei-
tag, den 1., 8. und 15. Dezem-
ber, statt.

Restaurant
„Großherzog von Mecklenburg“
Große Burgstraße.
Große Klavier-Unterhaltung.
Kalte und warme Speisen
zu jeder Tageszeit.
Gut gepflegte Getränke.
Aufmerksame Bedienung.
Es ladet zu regem Besuch ein
Chr. Wien.

Einladung z. Ball
der Arbeiter u. Arbeiterinnen
der Fischkonserven-Fabrik
von Paul Lohrmann.
am Mittwoch, d. 6. Dezember
in den Zentralhallen.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens.
Perrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei.
Damentarte 20 Pfg.
Das Komitee.

**Gesangverein
„Eiche“.**

BALL
am Sonntag, 3. Dez.,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einz. Dame 20 Pfg., wof. Garderobe.
Der Vorstand.

Gesangverein Liedeslust.

Einladung zum
15. Stiftungsfest
verbunden mit
Ball und Gesangvorträgen
am Sonntag, 26. Nov.,
im Lokal Friedrichshof.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Einz. Damen 10 Pfg., wofür
Garderobe.
Das Komitee.

Biophon.

Lichtbild-Theater. Nur Breite Strasse 52.
Le Roman d'une pauvre fille in vier Akten.
Der Roman eines armen Mädchens.
Lembke u. sein Bär als Polizist.
Lea im Bureau.
Der Sport in Amerika.
Außerdem das große Programm.
Alles hervorragende Schläger. Künstlerische Musikbegleitung.
Großes Kinderprogramm.
Nur für Kinder: Sonntags von 2 bis 4 Uhr.
Nur für Erwachsene: Sonntags von 4 bis 11 Uhr.
Wochentags von 3 bis 11 Uhr.
Kein Preisaufschlag.

Restaurant „St.-Lorenz-Halle“.
Ecke Moislinger- und Lachwehr-Allee.
Am Sonntag, dem 26. November 1911:
Auspielen und Verschießen mit Kugelbüchse und Ziehbillard von
Weihnachtstarpfen, fett. Gänsen u. Rauchfleisch.
Abends 10 Uhr:
Ferkel-Ausschießen.
Anfang morgens 11 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein
C. Clorius.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Gustav Gipp.

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.**
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Verschießen
von
Hausstandsgegenständen
aller Art
am Sonnabend, 2. Dezbr.,
u. am Sonntag, 3. Dezember,
im Lokale Hrn. Heiner Luckmann,
Fleischhauerstraße 34.
Beginn des Schießens: Sonnabend
9 Uhr u. Sonntag 11 Uhr morgens.
Einlaß 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Luckmann, ewiger Lampenfröher.
Wilh. Reppenhagen. Wilh. Krüger.

Einladung zum
Stiftungsfest
verbunden mit
turnerischen Aufführungen
des Arbeiter-Turnvereins
„Frisch-Auf“
für Moising und Umgegend
am Sonntag, d. 26. November
im Lokale des Herrn
A. Schreiber, Moising.
Um 4 Uhr: Durchmarsch durch den
Ort. Anfang des Balles 5 Uhr.
Das Komitee.

Konzerthaus
Zauberflöte
Täglich Konzert.
Oberbayrische Musik-
Gesangs-Truppe
D' Rösperl v. Staffelsee
6 Damen, 2 Herren.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt gänzlich frei.
Ludwig Kock

De Bière
Täglich:
(Bei Geheimnisvolle)
und
das große Programm.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugstarten unübertroffen.

Stadthallentheater
Sonntag, 26. Novbr. 8 U.
Glaube und Heimath
Schauspiel von R. Schönberr
Vorverkauf täglich in den bekann-
Stellen bei Nagel, Markt 14,
Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater
Sonntag, 26. Nov. Nachm. 3 U
Bei kleinen Preisen
Der Bettelstudent
Operette von G. Willböcker
Sonntag, 26. November. 7 1/2 U
Zum 1. Male! Neu!

Tosca.
Musikdrama von G. Puccini
Montag, 27. Nov. Abds. 7 1/2 U
Bei Mittelpreisen!
Zar und Zimmermann
Römische Oper von Lortzing.
Vorläufige Anzeige!
Donnerstag, 30. Novbr. 7 1/2 U
Schönste Preise!
Erstes Gastspiel der königlich
Schwedischen Kammerfängerin
Mme. Sigrid Arnoldson
Mignon.
Oper von Ambroise Thomas.

Besten Beweis von Margerite Brandt
aus der ersten Heftzeit!
„Siegerin“
„Palmaro“
„Mohra“
Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pele, am Markt.
Karl'sch Karstadt, Eutin.
K. Quizan, Schwartau, Markt 14.
Art. z. Krankenpfll.
F. W. Heyde, König-
str. 33.
Bäckereien
Paul Barmann, Lübeck, La. Lohb. 44.
Dampf-B. u. Kondit.
Fischer-
grube 47.
H. Jargstorff, Warendorferstr. 36.
Fleischhauerstr.
32. Fein-Weiß-
u. Grobbackerei.
Wilh. Krahn, Fackebg. Allee 57 a.
Schlutup,
Wesloer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
Schlutup,
B. Plath, Lübeckstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.
Beerd.- u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsanstalt
A. Brodersen, Angerstr. 7. Tel. 1030.
Famstr. 16. Särge
in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahlstr. 72. Überz. ganzer Beerd.
Eigenes Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwartau Allee 103.
Lager fertiger Särge.
L. Knecht, Rensefeld. Gr. Lager in
Holz- und Metallsärgen.
Besohlantaiten
H. Franck, Gr. Gröpelgrube 14.
Hansa J. Detmann
Beckergrube 51.
Warendorferstr. 29.
Fackenburg 7.

Erscheint
dreimal
wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen
Brauereien
Eibschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Lübecker Vereinsbräu
F. Veiermüller Nachf., Schwartauer Allee No. 30.
Branntier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh, Schlutupferstr. Braunbier.
Brennmaterialien
H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wallbrandt, Rosengarten 10.
Butter-, Käsehdign.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackebg. Allee 90.
Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rockstein, Hürstr. 23.
J. Seearau, Hürstr.
Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hürstr. 12.
Cigarrenhandlg.
A. Barmesier, Lübeck, Friedrichs Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hürstr.
Rob. Kieß, Engelsgrube 18.
Paul Hartwardt, Seidnitzstr. 81. Ci-
garett, Tabake.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Conrad Rofke, Fleischhauerstr. 51.
Paul Thiel, Slavenstr. 8.
Wilh. Bähk, Eutin, Lübeckstr. 34.
Dampfwasch-, Pfistmanst.
Groß-Wascherei „Torvik“
Wasche-Verleib-Institut, T. 1023.
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Köper, Friedenstr. 51.
W. Krüger, Warendorferstr. 29.
W. Krüger, Warendorferstr. 29.

Drogerien
W. Hohenschuld, Marlstr. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie, Hürstr., Ecke Königstr.
Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackebg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Kath,
Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahlstr. 42.
Rich. Israel, Alifstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Arndtstr. 12.
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
R. Krohn, Schwartau, Lübb.-St.
71. Rep. Sämtl. Ersatz.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
Galant., Spielwar.
C. Bilesath Wwe, Sandstr. 9.
Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.
Haus-u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackebg.
Allee 34a.
Paul Reher, Tankenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahlstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platz. Vollendetste Vorführ. leb-
der, singender, sprechender Photogr.
Kolonial-, Fettwar.
Fедder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Bredde, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Bären, Arndtstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahlstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Rudofsky, Marlstr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hürstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Krüger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.
Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik,
Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin, Mühlenstr. 47.
St. Annenstr. 20.
Wohnungseinrichtg. z. billigen Pr.
Molkereiprodukte
Hansa-Meierei
Amme Lübeck's u. Meierei
von Milchprodukten aller Art
Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rieker, Vorteilhafte
Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.
Milch und ff. Molkereiprodukte.
Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spe-
zial-Geschäft,
56 Breitestr. 50.
Photogr. Ateliers
Lübeck,
O. Goetze, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Breitestr. 39.
Samson & Co., Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Ofen, Herde, Gaskocher, Grubenöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.
Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 5.
Schreibwaren
Ang. Barmesier, Fackebg. Allee 48.
M. Maxein Wwe, Moising, Allee 40a.
Elisa Paulsen, Spez., Briefmarken.
Schuhwaren
Rud. Müller, Hartengr. 38. Rep.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Stahl-, Eisenwaren
Franz Gerzmer, Fackebg. Allee 108.
Hürstr. 1031.
F. Wichmann, Hürstr. 43. Gr.
Hinger Stahlwaren.
Tapeten, Linoleum
Carl Benke, Lübeck, Königstr.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
**Trikot-, Strumpf-
u. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.**
Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hürstr. 71.
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.
Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher,
Hürstr. 32.
H. Neumann, Schwartau.
Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hürstr. 8. T. 1058.
Fischergrube
Friedr. Otte, 43, empfindlich
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!